

zu dessen Senioren ich mich gern zähle, besten Gruß und herzlichste Wünsche für den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg seiner Beratungen.
Adolf Frank.

Ich darf nunmehr wohl Herrn Dr. Albert Hesse aus Berlin bitten, das Wort zu nehmen zu seinem Vortrage: „*Bilder aus der Riechstoffindustrie*.“ (Vgl. S. 1106 des Vorberichts; der Vortrag wird noch im Wortlaut veröffentlicht.)

Vors.: „M. H.! Wohlklingende und bildreiche Vorträge haben wir schon öfter gehört, aber einen wohlklingenden, bildreichen und wohlriechenden Vortrag heute zum ersten Male. Dafür sind wir dem Vertreter der Riechstoffindustrie Herrn Dr. Hesse zu herzlichem Danke verbunden. Wir bedauern nur, daß er gezwungen war, sein Wohnzimmer mit verfallenen Patentschriften tapetieren zu lassen, wir hätten ihm lieber reichen und klingenden Gewinn gewünscht. Ich hoffe, daß das in Zukunft der Fall sein wird.“

Nunmehr wollen wir auch einen farbenreichen Vortrag hören, und ich bitte Herrn Prof. Dr. Friedlaender das Wort zu nehmen.“

Vortrag von Prof. Dr. P. Friedlaender, Darmstadt: „*Über indigoide Farbstoffe*.“ (Vgl. den Vorbericht S. 1107).

Vors.: „Der Vorstand des Vereins hat heute zum ersten Male die Zinsen des vor zwei Jahren gestifteten Kapitals der C. Duisberg-Stiftung und die im vorigen Jahre zum Andenken an den Altmeister der organischen Chemie gefertigte goldene Adolf Baeyer-Denkünze zu vergeben. Laut Stiftungsurkunde wird Preisträger derjenige deutsche Chemiker, der in den letzt abgelaufenen zwei Jahren die besten Arbeiten auf dem Gebiete der experimentellen Farben- oder pharmazeutischen Chemie veröffentlicht und damit die Wissenschaft dieser Spezialgebiete der organischen Chemie gefördert oder sich durch die Darstellung wichtiger Farbstoffe oder pharmazeutischer Präparate oder das Auffinden neuer Verfahren zur Herstellung bekannter Produkte um die deutsche chemische Industrie besonders verdient gemacht hat.“

Prof. Dr. Paul Friedlaender, Darmstadt, hat uns durch seine Arbeiten über schwefelhaltige Analoga der Indigogruppe einen tieferen Einblick in die Ursachen, die den Farbstoff-

charakter von Körpern der Indigoreihe bedingen, gewinnen lassen und hat die Technik um wertvolle Farbstoffe und Ausgangsmaterialien, wie Thio-indigo und Alpha-Oxythionaphthen, bereichert. Seine Arbeiten über die unsymmetrischen indigoiden Farbstoffe haben weiter dazu beigetragen, dem Indigo seine isolierte Stellung zu nehmen und die Synthese einer großen Zahl weiterer Küpenfarbstoffe ermöglicht. Die Untersuchungen über den antiken Purpur aus Murex brandaris, die zur Aufklärung seiner Konstitution führten, sind in chemischer und kulturhistorischer Beziehung von hohem Interesse.

Für diese bedeutenden, die Farbenindustrie mächtig fördernden Arbeiten verleiht ihm daher der Vorstand nach voraufgegangener Beratung mit den Ehrenmitgliedern des Vereins die goldene Adolf Baeyer-Denkünze, gefertigt von Prof. Herm. Hahn, München, nebst den Zinsen der Stiftung im Betrage von 1800 M.

Nachdem Exzellenz Adolf von Baeyer bei seinem 75. Geburtstage das erste Exemplar in Gold erhalten hat, gestatte ich mir, hochverehrter Herr Kollege, Ihnen das zweite Exemplar in passendem Rahmen und den Scheek hiermit zu übergeben.

Diese vom Verein deutscher Chemiker zu vergebenden Ehrungen sollen unseren großen Meistern zum Gedächtnis, den schaffenden und forschenden deutschen Chemikern als Ansporn und Lohn, der deutschen Chemie, und zwar der Wissenschaft und Technik zur Förderung dienen.“

Prof. Dr. Friedlaender: „Für die große und unerwartete Ehre, die Sie mir durch Verleihung der Baeyer-Medaille und der Duisberg-Stiftung erwiesen, bitte ich meinen herzlichsten Dank anzunehmen, wenn ich auch in den Arbeiten, die Sie so freundlich hervorgehoben haben, nicht ein hinreichendes Verdienst für die Auszeichnung erblicken kann. Sie sind im Wesentlichen eine, ich möchte sagen notwendige, Fortsetzung der klassischen Indigoarbeiten Baeyers, an denen ich als sein Privatassistent das Glück hatte, mithelfen zu dürfen, und das Hauptverdienst daran fällt unserem verehrten Meister zu, wie bei unzähligen anderen, zu denen er direkt oder indirekt die Anregung gab. Nochmals meinen verbindlichsten und wärmsten Dank.“

Geschäftliche Sitzung¹⁾

im Konzerthaus zu Stettin am 8. Juni 1911, nachmittags 2½ Uhr.

Vors. Geh. Regierungsrat Prof. Dr. C. Duisberg: „M. H.! Ich eröffne die Versammlung. Ich denke, Worte der Begrüßung sind schon genug gewechselt, wir können gleich in unsere Geschäfte eintreten, nachdem ich konstatiert habe, daß die Einladung zu der diesjährigen Versammlung ordnungsmäßig in Heft 10 der Zeitschrift erfolgt ist.“

Ich ernenne zum Protokollführer Herrn Prof. Rassow und bitte, zur Beglaubigung des Protokolls folgende Herren: Dr. Haagn, Prof. Dr. Bucherer, Prof. Dr. Fresenius, Dr. Dressel, Dr. Quincke, Dr. Landsberg,

Dr. M. K. Hoffmann bis zum Schlusse der Versammlung hier zu bleiben und das Protokoll mit zu unterzeichnen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich zu bitten, daß Sie zwei dringliche Anträge noch zur Verhandlung zulassen. Der eine ist schon in der Zeitschrift veröffentlicht, aber nicht rechtzeitig. Er steht in Heft 21 und ist gestellt durch die anorganische Fachgruppe. Durch ein Versehen der Geschäftsstelle ist die Veröffentlichung verspätet erfolgt. Ich nehme an, daß Sie das entschuldigen, und die Dringlichkeit genehmigen. — Sie ist genehmigt.

Ferner liegt ein zweiter dringlicher Antrag vor.

¹⁾ Vgl. den Vorbericht S. 1108.

Es wurde uns gestern mitgeteilt, daß in der nächsten Zeit die Entscheidung darüber fallen wird, ob bei der Neugestaltung des Nahrungsmittel-Chemiker-Exams die Apotheker, welche die Note „Schr gut“ haben, zugelassen werden sollen, oder ob, wie wir wünschen und durch mehrfache Eingaben an die Ministerien und durch persönliche Vorstellung bei den Ministern durchsetzen wollten, nur noch solche Chemiker, welche das Maturitätsexamen gemacht haben. Wir möchten Ihnen deshalb folgenden Antrag zur Annahme empfehlen, bezüglich dessen zunächst die Dringlichkeit zu beschließen ist. Der Antrag lautet:

Der Verein deutscher Chemiker betont wiederholt, daß die geeignete Vorbildung für Nahrungsmittelchemiker ohne Ausnahme die Reifeprüfung einer deutschen neunklassigen höheren Schule ist, und beauftragt seinen Vorstand, an maßgebender Stelle erneut Vorstellungen in diesem Sinne zu machen.

Es erhebt sich auch hiergegen kein Widerspruch, die Dringlichkeit ist genehmigt.

Ich schlage vor, den Gegenstand als Punkt 8a der Tagesordnung einzurangieren.

Nunmehr treten wir in die Tagesordnung ein.

1. Geschäftbericht des Vorstandes.

Vors.: „Derselbe liegt gedruckt vor (vgl. S. 1666). Erklären Sie sich mit dem Geschäftsbericht einverstanden? Das ist geschehen.“

2. Jahresrechnung für 1910, Bericht der Rechnungsprüfer, Entlastung des Vorstandes.

Dir. Lüty: „M. H.! Die Zeitschrift schließt in diesem Jahre glücklicherweise mit einem kleinen Überschuß ab. Die Einzelheiten über die Jahresrechnung liegen gedruckt vor auf Seite 5 des Geschäftsberichts (vgl. S. 1673). Ich freue mich, feststellen zu können, daß die Einnahmen gewachsen sind dadurch, daß unsere Geschäftsstelle die Werbung von neuen Mitgliedern in erhöhtem Maße und mit Erfolg betrieben hat. Wir haben die berechtigte Aussicht, daß auch im laufenden Jahre die Jahresrechnung der Zeitschrift mit einem kleinen Überschuß abschließen wird. Geschäftsführung und Kassenverwaltung sind selbstverständlich stets bemüht, die Rechnung so glatt wie möglich zu gestalten und so sparsam wie möglich zu wirtschaften. Ich bitte Sie, die Rechnung zu genehmigen und mir persönlich und dem Vorstande Entlastung zu erteilen.“

Vors.: „Wünscht einer der Herren hierzu das Wort? Das ist nicht der Fall. Sie haben schon gehört, daß wir in diesem Jahre glücklicherweise mit einem Überschuß abschließen, der die Höhe von 4134 M erreicht hat. Wir haben der Geschäftsführung und vor allen Dingen auch der Redaktion aufgetragen, möglichst sparsam weiter zu wirtschaften, bis es uns gelungen sein wird, über die Zeit der Baisse hinwegzukommen. Wir werden uns noch bei der Zeitschrift darüber zu unterhalten haben.“

Das Vereinsvermögen beträgt 64 549 M. Dazu kommt der Zeitschriftenreservefonds von 8073 M. ferner die Stiftungskapitalien im Betrage von rund 37 000 M und die Hilfskasse mit 56 000 M.

Alle diese Summen zusammen geben ja ein nettes Vermögen, aber es ist immerhin wünschenswert, daß wir mehr Geld zu unserer Verfügung haben, damit wir mehr machen können.“

Indem ich dem Herrn Schatzmeister für die große Mühe, die er sich um die Verwaltung des Kassenwesens gegeben hat und die erhebliche Arbeit, die er dabei zu bewältigen gehabt hat, im Namen des Vereins herzlichst danke, hoffe ich, daß Sie nicht nur ihm, sondern auch dem Vorstande Decharge erteilen.“

Dr. Landsberg: „Ich beantrage, dem Herrn Schatzmeister und den anderen Mitgliedern des Vorstandes Entlastung zu erteilen und ihnen gleichzeitig unseren Dank für ihre Mühlwaltung auszusprechen.“ (Bravo!)

Vors.: „Ich danke Ihnen; aber wie gesagt, in diesem Falle muß der Dank auf den Herrn Schatzmeister abgewälzt werden.“

Die Rechnung ist also genehmigt und die Entlastung erteilt.“

3. Haushaltungsplan für das Jahr 1912. (Vgl. S. 1675.)

In Vertretung des durch Heiserkeit am Sprechen verhinderten Herrn Dir. Lüty bemerkte Dr. Scheithauer: „Der Haushaltungsplan ist genau nach dem Muster des vorhergehenden Jahres aufgestellt, der Plan für die Zeitschrift unter Berücksichtigung der größeren Mitgliederzahl. Für Sozialen Ausschuß, Rechtsauskunftsstelle usw. sind die gleichen Beträge ausgeworfen, für Abschreibungen am Inventar sind auch diesmal 850 M eingestellt. Ich bitte Sie im Namen des Herrn Schatzmeisters, den Haushaltungsplan zu genehmigen.“

Vors.: „Nimmt keiner der Herren das Wort? — Dann ist der Haushaltungsplan genehmigt.“

4. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer.

Vors.: „M. H.! Satzungsgemäß scheiden aus die Herren Direktor Lüty und Geheimer Rat Prof. Dr. Hempel. Vorstand und Vorstandsrat empfehlen Ihnen die Wiederwahl dieser beiden Herren auf 3 Jahre bis zum Jahre 1914. Sind die Herren damit einverstanden. (Bravo!) Es erhebt sich kein Widerspruch, die Herren sind gewählt. Ich frage, ob sie die Wahl annehmen. (Wird bestätigt.)

Wahl zweier Rechnungsprüfer.

Vorstand und Vorstandsrat empfehlen Ihnen die Wiederwahl der bisher so emsig tätigen Herren Dr. Fliemann und Prof. Dr. Kolb. Es erfolgt kein Widerspruch. Auch diese Herren sind gewählt. Ich setze voraus, daß sie die Wahl annehmen.“ (Wird bejaht.)

5. Ernennung eines Ehrenmitgliedes.

Vors.: „Der Vorstand beantragt, den Geheimen Kommerzienrat Dr. Dr. Ing. H. v. Brunck zum Ehrenmitglied zu ernennen. Die Begründung des Antrags lautet:

„Heinrich von Brunck hat als Leiter eines der größten chemisch-industriellen Unternehmens der Welt dieses zu beispieloser Blüte gebracht. Mit sicherem Blick für die Bedeutung und Tragweite technischer Probleme begabt, hat er seine ganze Kraft an die Verwirklichung des jeweils als verheißungsvoll Erkannten gesetzt.“

Namentlich drei Probleme von besonders weittragender Bedeutung sind es, die mit Bruncks Namen auf das engste verknüpft sind: die technische Gewinnung des synthetischen Indigos, die

Oxydation der schwefligen Säure nach dem Kontaktverfahren und die Darstellung der Salpetersäure aus dem Stickstoff der Luft.

Die Entfaltung großer Energie und Zähigkeit erforderte die Lösung dieser Aufgaben, die, entsprechend den hohen Zielen, große Opfer verlangten, Opfer, die den Kleinmütigen längst vor Vollendung der Tat hätten verzagen lassen. Brunk ist auf der ganzen Linie Sieger geblieben. Wie er schon mit der Fabrikation des Indigos, dessen Siegeszug über den ganzen Erdball wir alle, froh und stolz über diesen Erfolg deutscher Wissenschaft und Technik, miterlebt haben, der deutschen Volkswirtschaft einen mächtigen Impuls erteilte, so hoffen wir angesichts der sich entwickelnden Fabrikation des Luftsalpeters, daß auch hier der chemischen Industrie sich neue Bahnen eröffnen werden.

Dem erfolgreichen Förderer der chemischen Industrie gebührt die höchste Auszeichnung, die der Verein deutscher Chemiker zu vergeben hat, die Ehrenmitgliedschaft des Vereins deutscher Chemiker.

Stettin, den 7. Juni 1911.

Duisberg. Delbrück. Lüty. Hempel.
Flemming. Scheithauer.

Der Antrag ist gestern einstimmig von dem Vorstandsrat der Hauptversammlung zur Annahme empfohlen worden. Ich nehme an, daß ihm die Hauptversammlung einstimmig zustimmt. (Bravo!) Das ist der Fall; dann ist Herr Geheimrat v. Brunk zum Ehrenmitglied ernannt. Ich hatte ihn zu der heutigen Versammlung eingeladen; er hat mir geschrieben, daß es ihm leider unmöglich sei, zu kommen; ich empfehle deshalb, ihm folgendes Telegramm zu schicken:

,Geheimrat v. Brunk,
Ludwigshafenrhein.

In Anerkennung Ihrer Verdienste um die Entwicklung der chemischen Technik, insbesondere der Fabrikation des künstlichen Indigos, des Schwefelsäureanhydrids und des Luftsalpeters hat Sie der Verein deutscher Chemiker soeben in seiner geschäftlichen Sitzung zu seinem Ehrenmitgliede ernannt. Duisberg. Vorsitzender.
(Zustimmung.)

6. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1912.

„Vors.: Wir haben uns im vorigen Jahre darüber unterhalten. Damals hatten wir uns in Verbindung gesetzt mit Straßburg, Freiburg und Bonn. Breslau, das früher eingeladen hatte, bat, man möge den Besuch um 1 Jahr verschieben, bis die im Bau befindlichen Gebäude der neuen technischen Hochschule fertig gestellt sind. Infolgedessen haben wir in Aussicht genommen, Breslau im Jahre 1913 zu besuchen; der dortige Mittelschlesische Bezirksverein hat sich schon mit der Vorbereitung zu dieser Hauptversammlung beschäftigt. Straßburg schied aus, weil dort ein geeignetes Komitee nicht zusammenzubringen war. Es blieben Freiburg und Bonn übrig. Wir haben uns dann dafür entschieden, Freiburg den Vorzug zu geben, weil wir gern wechseln, von Norden nach Süden, von Osten nach Westen gehen. Wenn Sie sich also heute für Freiburg entscheiden, so würden wir dann im Jahre 1913 Breslau und 1914 Bonn besuchen.“

Ich darf wohl Herrn Prof. Fromm bitten, das Wort zu nehmen.“

Prof. Fromm: „M. H.! Der Rat der Stadt Freiburg, der Senat der Albert-Ludwigs-Universität und vor allem die chemischen Kollegen von Freiburg haben mich beauftragt, Sie herzlichst nach Freiburg einzuladen. Ich darf Sie versichern, daß wir uns die größte Mühe geben werden, Ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Wir haben zwar keine mächtig entfaltete Industrie Ihnen vorzuführen, wie Sie sich hier zu sehen bekommen; wir haben aber dafür etwas anderes, das wir als Ersatz bieten wollen. Der Volksmund nennt Freiburg die Perle des Breisgaus und auch der Dichter hat anerkennende Worte für die Schönheit Freiburgs gefunden. Ich bitte Sie, kommen Sie und überzeugen Sie sich, daß weder der Volksmund noch der Dichter die Unwahrheit gesagt haben.“ (Bravo!)

Vors.: „M. H.! Ehe wir definitiven Beschuß fassen, möchte ich aber doch noch mitteilen, daß auch unser Neu-Yorker Bezirksverein uns schon im vergangenen Herbst und erneut vor wenigen Tagen durch ein sehr herzlich gehaltenes Schreiben eingeladen hat, im nächsten Jahre die Hauptversammlung in Neu-York abzuhalten. (Heiterkeit.) Wie Sie wissen, findet in Neu-York der VIII. Internationale Kongreß statt. Der Neu-Yorker Bezirksverein möchte gern Gelegenheit haben, uns auch einmal bei sich zu sehen; auch möchten die deutschen Kollegen dort gern einmal an einer Hauptversammlung teilnehmen. Kommt Muhammad nicht zum Berge, so geht der Berg zu Muhammad. So denken die Neu-Yorker und rechnen infolgedessen darauf, daß wir unsere nächste Hauptversammlung in Amerika abhalten.“

Der Vorstandsrat hat nun gestern den weisen Salomo gespielt. Er empfiehlt Ihnen nämlich, sowohl der liebenswürdigen und verlockenden Einladung des Herrn Prof. Fromm zu folgen, also die Hauptversammlung in Freiburg abzuhalten, und zwar in gewohnter Weise, als auch der Einladung des Neu-Yorker Bezirksvereins, und zwar in der Weise, daß dem Internationalen Kongreß vorangehend, eine Nachfeier unserer Hauptversammlung in Neu-York veranstaltet wird. Wir rechnen darauf, daß eine große Zahl unserer Mitglieder hinüberfährt. Mit dem Neu-Yorker Bezirksverein und dessen Gästen zusammen wollen wir uns zu einem echten deutschen Feste zusammenfinden, bei dem außer einer Festsitzung mit Vorträgen auch ein gemütlicher Abend vorgesehen ist, wie wir ihn zu feiern gewohnt sind, und zwar mit Damen, im Gegensatz zu der amerikanischen Gepflogenheit, wo man solche Feste immer ohne Damen feiert.

Dieser Vorschlag wird Ihnen empfohlen, weil wir im nächsten Jahre unser 25jähriges Gründungsfest begehen. Wir hoffen zuversichtlich, daß Sie sich diesem Beschuß anschließen.“

Dr. Meyer: „Meine sehr geehrten Herren! Ich kann den beredten Worten unseres Herrn Vorsitzenden nur meine wärmste Einladung als Vertreter des Neu-Yorker Bezirksvereins hinzufügen. Ich empfehle Ihnen dringend, die Reise zu machen. Ich habe drüben 9 Jahre gelebt und kann Sie auf Grund meiner Erfahrungen versichern, daß die Aufnahme, die Sie finden werden, die gastfreieste

sein wird, die sich denken läßt. Die Amerikaner sind berühmt wegen ihrer Gastfreundschaft, und die deutschen Kollegen, die drüben sind, haben davon gelernt und werden amerikanische Gastfreundschaft mit deutscher Gemütlichkeit vereinigen. Also kommen Sie recht zahlreich; ich kann Ihnen eine genußreiche Fahrt und einen ebenso genußreichen Aufenthalt drüben in sichere Aussicht stellen.“ (Bravo!)

V o r s.: „Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Sie sind also einhellig mit dem Vorschlage des Vorstandsrats einverstanden. Wir gehen daher im nächsten Jahre in der Woche nach Pfingsten nach Freiburg und vereinigen uns ein paar Tage vor dem Kongreß in Neu-York zu einer Nachfeier unseres 25jährigen Jubiläums.

Nun möchte ich noch ein paar Worte darüber sagen, wie wir dieses silberne Jubiläum begehen wollen. Wir haben im Vorstandsrat eingehend darüber gesprochen, und der Vorstandsrat hat sich dem Vorstand in dieser Beziehung angeschlossen. Wir schlagen Ihnen vor, die Gelegenheit zu benutzen, um dem Verein eine Jubiläumsstiftung zu machen.

Das Sammeln für eine derartige Stiftung ist keine Annehmlichkeit, es wird in der letzten Zeit soviel kollektiert, daß man zu zahlen müde wird. Aber der Verein deutscher Chemiker ist noch nie mit dem Klingelbeutel herumgegangen. Wir halten den Zeitpunkt für geeignet, um etwas durchzuführen, was für die weitere Entwicklung des Vereins von großer Bedeutung sein wird, nämlich die Zeitschrift zu verbessern, sie soll nicht nur einmal, sondern zweimal wöchentlich erscheinen; sie soll künftig in zwei Teile zerlegt werden, in das schon in der Entwicklung begriffene Zentralblatt für die technische Chemie und in den bekannten wissenschaftlichen Teil, die Zeitschrift für angewandte Chemie, für welche gleichzeitig die Übersichtsberichte in größerer Zahl und in besserer Art als bisher vorgesehen sind. In beiden Zeitschriften, in dem Zentralblatt, das am Dienstag, wie in dem Hauptblatt, das am Freitag erscheint, soll der gewerbliche und Handelsteil genau so wie bisher Aufnahme finden, damit die Redaktion schneller als bisher Nachrichten des Verkehrs, des Handels und Personalnachrichten bringen kann. Wir würden damit im Interesse unserer Mitglieder einen gewaltigen Schritt vorwärts kommen. Nach den Berechnungen, die wir angestellt haben, ist dieser Plan aber nicht durchführbar, ohne die Beiträge des Vereins um etwa 5 M pro Mitglied zu erhöhen. Wir sind uns klar darüber, daß eine solche Beitragserhöhung nicht durchführbar ist, ohne den Verein in eine unangenehme Lage zu bringen. Deshalb möchten wir die Gelegenheit des 25jährigen Jubiläums benutzen, um eine Jubiläumsstiftung zusammen zu bringen.

Um das Interesse der Industrie für diese Jubiläumssammlung zu steigern, soll nun nicht nur die Zeitschrift verbessert, sondern auch der zu sammelnde Fonds dazu benutzt werden, eine Zahl von angestellten Chemikern zum Internationalen Kongreß nach Amerika zu senden. In Zukunft werden

dann die Zinsen des Zeitschriftenunternehmens zur Hälfte der Zeitschrift zufließen und zur anderen Hälfte dazu verwandt, um die von 5 zu 5 Jahren stattfindenden Internationalen Kongresse in gleicher Weise zu beschicken. Alle angestellten Chemiker unseres Vereins, die glauben, irgendwie sich um Wissenschaft oder Industrie verdient gemacht zu haben, aber pekuniär nicht in der Lage sind, solche größeren Reisen zu machen, vorausgesetzt, daß sie den dazu erforderlichen Urlaub bekommen, können sich melden. Endgültig über die Aussendung entscheidet das Los. Ich hoffe, daß dieser Gedanke, der etwas neues und eigenartiges enthält, auch Ihr besonderes Interesse erwecken wird.

Der Aufruf würde etwa folgendermaßen lauten (vgl. S. 1617, Heft 35, dieser Z.)

M. H.! Sie haben gehört, wie die Sache geplant ist. Ich hoffe, daß, nachdem im Vorstandsrat eingehend darüber gesprochen wurde und sich dieser nach längeren Erörterungen einstimmig damit einverstanden erklärt hat, auch Sie der gleichen Meinung sind. Wir möchten aber gern auch Ihre Ansicht kennen lernen. Ich bitte daher diejenigen Herren, die dazu das Wort nehmen wollen, dies jetzt zu tun, — es meldet sich niemand zum Wort; es scheint also, daß Sie einverstanden sind. (Rufe: Jawohl!)

Es wäre mir aber lieb, wenn auch aus Ihrem Kreise eine Äußerung käme. Wir haben, das ist sicherlich nicht zu hoch gegriffen, damit gerechnet, daß von den 4500 Mitgliedern etwa 1000 ihren Beitrag auf 5 Jahre verdoppeln würden. Auf diese Weise bekommen wir schon 20 000 M zusammen. Wenn uns dann noch die Industrie hilft, so bekommen wir einen Fonds, der uns die Durchführung des Unternehmens gestattet. Nun nehme ich an, daß eine große Zahl der Mitglieder ihre Beiträge nicht verdoppeln, sondern vervielfachen werden. Wir wollen nicht, wie die anderen Vereine, unseren Beitrag erhöhen, wir wollen bei 20 M bleiben, und zwar lediglich und allein mit Rücksicht auf die nicht mit Glücksgütern gesegneten Vereinsmitglieder, vor allen Dingen auf die Angestellten.“

Prof. Dr. H o l d e: „Die Frage tritt etwas unvermittelt an uns heran. Als ich den Vorschlag hörte, wurde ich an eine ähnliche Frage erinnert, die vor etwa einem Jahre in der chemischen Gesellschaft aufgetreten war. Damals wurde auch von Seiten des Vorstandes einmütig ausgeführt, daß es unbedingt nötig sei, den Umfang der Zeitschrift dauernd zu erhöhen, bzw., wie es auch hier in Aussicht genommen worden ist, eine zweite Zeitschrift abzusondern. Es wurde darauf hingewiesen, daß es absolut unmöglich sei, noch mehr Abhandlungen abzuweisen als seither. Ich hatte mich damals auch mit der Notwendigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen beschäftigt und war auf Grund näherer Prüfung der Sache zu der Überzeugung gekommen, daß es doch wohl möglich sei, in der Aufnahme der Abhandlungen etwas kürzend vorzugehen, ohne damit den hohen Wert der Berichte zu verringern, sondern im Gegenteil, eher zu bewirken, daß deren wissenschaftlicher Wert noch erhöht wird. In der Tat ist, entgegen der geschlossenen Meinung des Vorstandes, von der Gesellschaft selbst der von mir

angedeutete gegenteilige Standpunkt durchgesetzt worden.

In dem gegenwärtigen Falle habe ich noch nicht Gelegenheit gehabt, die Notwendigkeit einer Erweiterung der Zeitschrift zu prüfen; im Vorstand und Vorstandsrat ist diese Prüfung offenbar bereits geschehen. Ich möchte aber doch mit meinen Bedenken nicht zurückhalten und zu einer Diskussion der Frage Anregung geben, damit es nicht scheint, als wenn von seiten der Versammlung ohne weiteres ja und Amen zu einem Schritt gesagt werden wäre, der doch von großer Bedeutung zu sein scheint. Die etwaige Erhöhung des Beitrages zur Zeitschrift um 5 M erscheint ja an sich unerheblich, aber es ist jeder einzelne von uns derartig in Anspruch genommen durch die Lektüre verschiedener wissenschaftlicher Zeitschriften — nicht nur der Zeitschrift für angewandte Chemie, auch der Berichte der chemischen Gesellschaft, der Chemiker-Zeitung usw. — daß ich mir jedenfalls erlauben möchte, obiges Bedenken für die Diskussion anzudeuten, ohne daß damit irgendwie ein endgültiges Urteil über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit des gemachten Vorschlages ausgesprochen werden soll.“

V o r s.: „Ich glaube, ich bin in der Lage, diese Bedenken sofort zu zerstreuen. Unser Gedanke geht nicht darauf hinaus, den Umfang der Zeitschrift zu vermehren, wie es damals bei der deutschen chemischen Gesellschaft der Fall war, deren Verhältnisse mir sehr genau bekannt sind, weil ich zu der Elferkommission gehörte. Hier handelt es sich darum, daß wir schon seit Jahren immer um den Nullpunkt herum pendeln. Unsere Zeitschrift hat viel mehr Material, nicht in bezug auf den wissenschaftlichen Teil, sondern in bezug auf den Referatenteil und die Übersichtsberichte, als sie unterbringen kann. Wir sind noch lange nicht so weit wie die deutsche chemische Gesellschaft, die nach der Richtung hin den Zenith erreicht hat. Unser Zentralblatt für die technische Chemie, wie wir es heute schon nennen, ist keineswegs so großartig ausgebaut, wie es bei der chemischen Gesellschaft mit ihrem Organ, dem Zentralblatt, der Fall ist. Das soll nun geschehen, dazu braucht die Redaktion mehr Platz, dazu muß aber vor allem mehr Geld vorhanden sein. Wir wollen nicht nur referieren über alle technischen Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften des Inlandes, sondern in allen Zeitschriften, wo immer sie erscheinen; die Berichterstattung auf dem Gebiet der technischen Chemie soll auch so vervollkommen werden, wie dies auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Chemie schon geschieht.“

Diese Aufgabe würden wir vielleicht mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln lösen können, aber wir wollen noch mehr. Sie alle werden mit mir der Meinung sein, es war ein großes Verdienst der Chemischen Zeitschrift von Ahrens, daß sie die Übersichtsberichte eingeführt hat, die nicht dem Spezialisten auf seinem Gebiete dienen, sondern die Andere orientieren sollen. Nach einer Statistik, die ich habe aufmachen lassen, bleibt für uns auf diesem wichtigen Gebiet noch manches zu tun übrig, sowohl in qual- wie quantitativer Beziehung. Es kann sein, daß wir gar nicht mehr Platz brauchen,

wenn die Sache richtig gemacht wird; aber es kostet Geld. Diese Arbeiten kann man nicht für das gewöhnliche Honorar leisten; wir wollen gern Extrahonorare zahlen, aber wir wollen Qualitätsberichte haben.

Ich glaube, Herr Kollege Holde, aus dem Gesagten werden Sie ersehen, daß die Sache doch anders liegt als bei der deutschen chemischen Gesellschaft. Sie werden zugeben, daß unser Gedanke ein guter und fruchtbarer ist.“

K e r t e B: „Ich glaube, soweit ich den gemachten Vorschlag im Augenblicke übersehen kann, wäre in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Verwendung der zu schaffenden Prämie etwas modifiziert werden sollte. Es scheint mir nicht richtig, daß wir uns ein für allemal an den Internationalen Kongreß anschließen und nur einen Besuch dieser mit der Stiftung ermöglichen wollen. Momentan konnte dem Vorstand dieser Gedanke vorschweben, weil es sich lohnt, nach den Vereinigten Staaten eine Studienreise zu machen; aber ob dies immer auch für die Folge der Fall sein wird, möchte ich zweifeln.“

V o r s.: „Ich stimme dem durchaus zu, schon aus dem Grunde, weil vielleicht der nächste Internationale Kongreß in Japan stattfindet. Es ist also eine gute Anregung, die der Herr Vorredner gegeben hat.“

D r. Z a a r: „Es ist in Aussicht genommen, die wachsenden Ausgaben durch eine Stiftung und eine vorübergehende Verdoppelung des Beitrages zu bestreiten; da rechnet man also mit der Annahme, daß nach Ablauf einer mehrjährigen Frist durch die Erhöhung der Einnahmen aus der Zeitschrift unser Vermögensstand sich wesentlich gehoben wird. Ist denn aber eine Gewähr dafür vorhanden?“

V o r s.: „Nach den vorgenommenen Wahrscheinlichkeitsberechnungen werden wir nach 5 Jahren und hoffentlich schon viel früher aus der Verlegenheit heraus sein. Wir glauben, schon im Laufe dieses Jahres eine erheblich größere Einnahme aus den Inseraten zu erzielen. Wir rechnen auf 32 000 M, also auf eine Steigerung von 8000 M. Wenn nun die Zeitschrift zweimal erscheint, so ist anzunehmen, daß wir noch mehr Inserate bekommen, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß nach fünf Jahren die Sache definitiv erledigt ist.“

D r. G r ö ß m a n n: „Wenn ich recht verstanden habe, sollen nach Neu-York angestellte Chemiker entsandt werden, bei deren Auswahl das Los entscheidet, da könnte es kommen, daß sehr tüchtige Leute nicht gewählt würden.“

V o r s.: „Die Sache ist so gedacht. Wir wollen in der Zeitschrift alle angestellten Chemiker, die nicht in hinreichend günstiger Vermögenslage sind, eine Reise nach Amerika zu bezahlen, und die glauben, sich in irgend einer Weise um die chemische Technik oder Wissenschaft verdient gemacht zu haben, auffordern, sich um ein Reisestipendium zu bewerben. Die eingehenden Gesuche werden einer Kommission überwiesen, bestehend aus Mitgliedern des Vorstandes, des Vorstandsrates und der Ehrenmitglieder. Auf diese Weise wird schon eine Siebung vorgenommen, und es werden nur die tüchtigsten zur Bewerbung zu-

gelassen. Dann soll die engere Wahl durch das Los getroffen werden. Es wird so jede Mißstimmung vermieden, jeder, der nicht berücksichtigt wurde, kann sagen: Das Los hat mich nicht getroffen. Es ist also an eine Vereinigung von Auslscse und Glück gedacht.“

Dr. Großmann: „Ich würde es für richtig halten, wenn man auch Dozenten heranziehen wollte; ich bemerke ausdrücklich, daß ich dabei nicht pro domo spreche.“

Vors.: „Es heißt: Angestellte der Technik und Wissenschaft.“

Dr. Großmann: „Wir sind aber nicht Angestellte des preußischen Staates.“

Vors.: „Das ist natürlich cum grano salis zu verstehen.“

(Zuruf: Wissenschaftliche Techniker!)

Jawohl, so ist es gedacht. Es hat sogar ursprünglich geheißen: von Wissenschaft und Technik; Herr Kollege Hempel hat aber ausdrücklich gewünscht, daß gesagt wird: von Technik und Wissenschaft. Er legt größeren Wert darauf, daß nach Amerika mehr Techniker als Wissenschaftler gehen.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich freue mich, daß durch unsere Debatte doch eine gewisse Klärung der Vorstellungen erzielt worden ist und hoffe, daß den Herren klar geworden ist, worum es sich handelt. Es ist ein guter Gedanke, den wir da verfolgen, und ich nehme an, daß wir in Ihrem Sinne handeln, wenn wir im Vorstandsrat recht bald mit den Vorbereitungen zu der Jubiläumsstiftung beginnen. Bitte unterstützen Sie uns bei unserer Sammlung.“

7. Antrag des Vorstandsrats betreffend Privatbeamten-Versicherungsgesetz.

Der Verein deutscher Chemiker erkennt die Vorteile der Einführung des Versicherungszwinges an, kann aber in dem Entwurf der staatlichen Versicherung für Privatangestellte keine ausreichenden Leistungen für akademisch gebildete Chemiker erblicken. Er muß daher verlangen, daß das Gesetz unter allen Umständen in folgenden Punkten abgeändert wird:

1. daß auch bei höherem Einkommen die Zugangsversicherung mit dem Gehaltsanteil, der der Höchstgrenze des Gesetzes entspricht, bestehen bleibt,
2. daß jede Kürzung einer erworbenen Rente ausgeschlossen bleibt,
3. daß bei der Zulassung bestehender Kassen und Versicherungen als Ersatzkassen in wohlwollender Weise verfahren wird, besonders auch gegenüber sogenannter aussterbender Kassen,
4. daß Angestellte, die eine akademische Hochschulbildung nachzuweisen vermögen, sofern sie nicht bereits ein höheres Gehalt als 2000 bis 2500 M bezahlen, der Klasse F überwiesen werden.

Endlich empfiehlt der Vorstandsrat, daß der Verein deutscher Chemiker sich an den Arbeiten der Arbeitszentrale für die Privatbeamtenversicherung beteiligt.

Vors.: „Nachdem gestern, wie Sie sich denken können, im Vorstandsrat schon eine Sichtung der verschiedenen Meinungen und Ansichten stattgefunden hat, und auch der Soziale

Ausschuß bereits in der Angelegenheit getagt hat, möchte ich Herrn Dr. Quincke zuerst bitten, uns namens des Sozialen Ausschusses Bericht zu erstatten.“

Dr. Quincke: Referiert über seine im Auftrag des Sozialen Ausschusses verfaßte Arbeit (vgl. diese Z. Heft 29, 1347).

Dr. Spiegel: „M. H.! An dem ausgezeichneten Referat des Herrn Dr. Quincke ist kaum etwas auszusetzen. Er hat die Nachteile, die seiner Ansicht nach der Gesetzentwurf mit sich bringt, und die Vorteile außerordentlich klar auseinandergesetzt. Gegen zwei Punkte aber, die als nachteilig angeführt werden sind, möchte ich Einspruch erheben und sie nicht als solche gelten lassen. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß der Vorstandsrat und der Soziale Ausschuß in dem Eingangssatz der uns vorliegenden Resolution eigentlich auch schon über diese Bedenken hinweggegangen sind. Es sind das die Bedenken, die einem für sich gewiß berechtigten Standesgefühl entspringen, das aber nicht in Betracht kommen kann und soll bei sozialen Maßregeln, die so weite Kreise der gesamten Bevölkerung umfassen, wir dürfen nicht sagen, daß wir hier eine Sonderstellung einnehmen, weil wir akademisch gebildet sind; wir müssen uns bewußt bleiben, daß Zusammenhangs mit den weitesten Volksklassen und müssen uns bewußt bleiben, daß wir für das Wohl des ganzen Volkes zu arbeiten haben, ohne Unterschied der Vorbildung. Ich würde es für ein schweres Unrecht gegen die Gesamtheit des Volkes ansehen, wenn leistungsfähige Kreise aus einer solchen Allgemeinversicherung wegen ihrer besseren Vorbildung ausgeschieden werden sollten. Dieser eine Punkt tritt besonders hervor in dem Protest gegen die Einbeziehung in andere Kreise. Diese anderen Kreise befinden sich in derselben Lage, sie arbeiten mit uns zusammen, bald über uns, bald neben uns, bald unter uns; sie arbeiten an demselben Ziel, und es liegt kein Grund vor, eine Trennung eintreten zu lassen. Deshalb möchte ich auch Bedenken geltend machen gegen den Punkt 4 der Resolution, wo gefordert wird, daß Angestellte, die eine akademische Hochschulbildung nachzuweisen vermögen, sofern sie nicht bereits ein höheres Gehalt als 2000 bis 2500 M bezahlen, der Klasse F überwiesen werden.“

Die Grundlage des Gesetzentwurfs baut sich doch auf der Relation zwischen Einnahmen und Prämien, und der Prämie entsprechen die eventuell zu zahlenden Renten. Ein Ausnehmen eines Teils der Versicherten nur deshalb, weil sie akademische Vorbildung haben, erscheint mir unberechtigt. Man geht offenbar davon aus, daß mit aller Wahrscheinlichkeit, ja mit einiger Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß diese Angestellten mit akademischer Vorbildung auf der niederen Gehaltsstufe nur kurze Zeit verbleiben werden, aber das trifft nicht in allen Fällen zu, und sobald es zutrifft, kommen sie ja von selbst in die höhere Stufe herein.“

Weiter der Grund, der schon mehrfach angeführt worden ist, daß die akademisch Vorgebildeten erst in höherem Alter in den Bezug eines Gehalts kommen und deshalb für sie in höherem Maße vorgesorgt werden sollte. Das könnte man ja anerkennen; aber es bliebe nichtsdestoweniger ein wunder Punkt bestehen. Es ist nicht Sache eines

solchen Versicherungsgesetzes, die Nachteile, die aus der schwierigen Vorbildung eines einzelnen entstehen, in solcher Weise auszugleichen. Die werden sich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle naturgemäß dadurch ausgleichen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein höheres Einkommen erreicht wird, und das Einkommen weiter zu steigen pflegt, als es bei nicht so Vorgebildeten der Fall ist. Ich möchte also befürworten, daß wir diesen Punkt noch eingehend erwägen oder am liebsten ihn ganz streichen.“

Pat.-Anw. Dipl.-Ing. Dr. Lang: „Ich kann mich nicht der Auffassung anschließen, daß die Einführung des Versicherungzwanges für akademisch Gebildete einen Fortschritt bedeutet. Bisher hat man an der Auffassung festgehalten, daß der Versicherungzwang nur dort angezeigt ist, wo es sich um geistig weniger entwickelte oder materiell nicht genügend gesicherte Bevölkerungsgruppen handelt. Im allgemeinen muß man zugeben, daß ein akademisch gebildeter Mann in der Lage ist, sich die Versicherung zu schaffen, die seiner Lebenshaltung entspricht; dieser Grundsatz ist bisher von der sozialen Gesetzgebung verfolgt worden, und daran sollte festgehalten werden. Es spricht hier nicht Standesdünkel mit, sondern eine vertiefte Einsicht in die ökonomischen Verhältnisse der einzelnen Schichten. Es gilt die allgemeine Erfahrungstatsache, daß höhere Vorbildung zu höherem Posten befähigt; und der allgemeine Grundsatz, daß akademisch gebildete Männer reif genug sein müssen, selbst zu entscheiden über die Art der zu wählenden Sicherstellung, der freie Entschluß entspreche der Stellung des akademisch gebildeten Mannes. Aus diesen Gründen muß man doch einen anderen Maßstab anlegen, je nachdem es sich um die Versicherung von unteren Schichten oder von akademisch Gebildeten handelt. [Aus diesem Grunde hat auch die Reichsversicherungsordnung einen § 1223a eingeschaltet, wonach Personen mit akademischer Vorbildung auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden. Es soll damit nicht einem Standesdünkel nachgegeben werden, sondern die Bestimmung wurzelt in der Einsicht, daß eben bei akademisch gebildeten Personen infolge ihrer Anwartschaft und höheren geistigen Reife die Verhältnisse anders liegen als bei den anderen. Deshalb sollten wir von diesem Prinzip, das sich seit Jahren in der Sozialversicherung bewährt hat, nicht abweichen, sondern sollten nachdrücklichst darauf dringen, daß akademisch gebildete Personen ihr Selbstbestimmungsrecht behalten, daß sie nicht einer unwürdigen Bevormundung unterworfen und wider ihren Willen in eine Versicherung eingewängt werden, die für ihre Verhältnisse nicht paßt. Das Geld ist in dieser Versicherung absolut unwirtschaftlich angelegt, und die Leistungen sind so, daß der solcherweise „versicherte“ Akademiker nach wie vor der Armenkasse zur Last fällt, wenn er sonst nicht für sich gesorgt hat. Eine Doppelversicherung kann sich nicht jeder Akademiker leisten; man verschone ihn deshalb vor dieser Art staatlicher Zwangsversicherung, die eine Last und nicht eine Wohltat ist. Ich glaube, Herr Dr. Quincke würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er die Resolution in dieser Beziehung entsprechend dem § 1223a ab-

ändern wollte. Der Verein deutscher Eisenhüttenleute, der Verein deutscher Diplomingenieure, der volkswirtschaftliche Verband, die ärztlichen Standesvereine halten aus ethischen und wirtschaftlichen Gründen daran fest, daß Personen mit akademischer Vorbildung von dem Versicherungzwang befreit sein sollten.“

V o r s.: „Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Ihnen die Fassung des § 1223a mitteilen. Ich wußte nicht mehr, wie dieser Paragraph redigiert worden war; ich habe mich infolgedessen an den Freiherrn von Camp gewendet, und er hat mir gestern wie folgt geschrieben:

Auf Ihren Antrag (es ist das der Antrag des Frankfurter Bezirksvereins, der gebeten hatte, wir möchten uns in der Invalidenversicherung usw. dem Vorgehen des Vereins der Diplomingenieure anschließen) sind wir vorangegangen und haben es nach heftigen Kämpfen durchgesetzt, daß der § 1223a folgende Fassung erhält:

,Auf ihren Antrag werden von der Versicherungspflicht befreit Versicherungspflichtige, die während oder nach der Zeit eines Hochschulunterrichtes zur Ausbildung für ihren künftigen Beruf oder in einer Stellung beschäftigt werden, die den Übergang zu einer der Hochschulbildung entsprechenden versicherungsfreien Beschäftigung bilden.“

Verstanden haben Sie das wahrscheinlich ebenso wenig wie ich, aber so ist die Fassung.“ (Heiterkeit.)

D r. Z a a r: „Ich freue mich, daß ein unsozialer Protest unterblieben ist, und daß die Soziale Kommission sich auf den praktischen Standpunkt gestellt hat: das Gesetz wird auf alle Fälle kommen, und unsere Aufgabe ist es, daß, wenn wir hineinkommen, möglichst die Verhältnisse der Akademiker und derjenigen Privatbeamten berücksichtigt werden, die in einem späteren Alter zu Verdienst kommen. Ich kann mich nur freuen, daß dieser praktische Standpunkt eingenommen worden ist.“

D r. H e s s e: M. H.! „Ich kann mich nur ganz energisch gegen das wenden, was der Vertreter des Vereins deutscher Diplomingenieure vorgebrachten hat. Ich glaube nicht, daß der Verein deutscher Diplomingenieure mit seinem Versuche, auf die Gestaltung der Reichsversicherungsordnung einzuwirken, Glück gehabt hat. Mit dem bandwurmartigen Paragraphen, den Herr Prof. Duisberg soeben vorgelesen hat, hat der Verein nur erreicht, daß eine höchst unklare Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung eingefügt worden ist, die nur einem ganz verschwindend kleinen Teile unserer Kollegen irgend welchen Nutzen bringen wird, ja von meinem Standpunkt aus muß man vielleicht sagen, die nur Schaden bringen kann; sie trifft nur diejenigen akademisch Gebildeten, die einen Übergangsstandpunkt einnehmen von der Ausbildungszeit zu der Tätigkeit des praktischen Chemikers, d. h. mit anderen Worten: Unsere Assistenten an den Universitäten und technischen Hochschulen sind allein imstande, auf Grund des § 1223a sich der Zwangsversicherung zu entziehen. Wenn wir also etwas Ähnliches bei der Privatbeamtenversicherung anstreben wollten, so würde das gerade ebenso ein sehlag ins Wasser sein wie

hier. Ich möchte davor warnen, diesen Standpunkt weiter zu verfolgen.

Der Verein deutscher Diplomingenieure hat sich der Privatbeamtenversicherung gegenüber von vornherein ablehnend verhalten. Den gleichen Standpunkt nimmt ein großer Prozentsatz der Kollegen im Verein deutscher Chemiker gleichfalls ein. Der Verein deutscher Eisenhüttenleute wurde angeführt; der ist aber, glaube ich, für uns als Verein deutscher Chemiker nicht gerade maßgebend, es haben dort 3 Herren geredet, das übrige Publikum hat geschwiegen: man braucht bloß die Namen der 3 Redner zu nennen, und die Eingeweihten werden wissen, was sie von diesen Reden zu halten haben.

Ich brauche auch auf die ganze Angelegenheit der Privatbeamtenversicherung nicht weiter einzugehen, da Freund Quincke die Sache so klar dargelegt hat. Ich möchte nur dem Herrn Kollegen Spiegel zur Information sagen, daß die Resolution, die wir vorschlagen, der Niederschlag langwieriger Verhandlungen im gestrigen Vorstandsrat ist, und wir können uns freuen, daß wir ein solches Resultat erzielt haben. Ich begehe keine Indiskretion — Sie lesen es ja demnächst alle —, wenn ich sage, daß ein sehr großer Teil des Vorstandsrates auf einem ganz anderen Standpunkte stand, und es waren nicht die schlechtesten Leute. Wir haben mit 34 gegen 26 Stimmen schließlich den Satz angenommen, daß wir den Versicherungzwang als notwendig betrachten. Als ich die Resolution las, wie sie jetzt abgefaßt ist, kamen mir zunächst die Worte aus Wallenstein in den Sinn: Vor Tische las man's anders. Die Resolution gestern lautete eigentlich etwas kräftiger zugunsten des Versicherungzwanges. Aber ich lege darauf keinen großen Wert. Die vorliegende Resolution trägt mit Recht auch den Tatsache Rechnung, daß gestern schwere Bedenken gegen die Zwangsversicherung geäußert worden sind. Da wir aber im Interesse der jüngeren Kollegen, die hier nicht so vertreten sind, wie es wünschenswert wäre, geglaubt haben, die vorsichtigen Väter spielen zu sollen und unsere jüngeren Kollegen zur Versicherung zu zwingen, deshalb möchte ich auch, nachdem die Resolution hier in dieser Fassung vorgelegt ist, nichts mehr daran geändert wissen, sondern möchte bitten, die Formulierung so, wie sie im Vorstandsrat und von der Redaktionskommission festgelegt worden ist, anzunehmen, auch den Absatz 4. Ich stehe im Gegensatz zu den mir sonst sehr sympathischen Ausführungen des Herrn Kollegen Spiegel auf dem Standpunkt, daß wir versuchen müssen, das unter Ziffer 4 Enthaltene durchzubringen; ob es uns gelingen wird, bezweifle ich auch. Aber wir sollten es versuchen, den ungleichen Standpunkt, den die Akademiker und Nichtakademiker in der Sache einzunehmen, dadurch auszugleichen, daß wir entweder alle Akademiker in eine höhere Klasse setzen wie der Vorschlag lautet, oder daß durch Zusatzprämien in den ersten Jahren eine etwas höhere Rente herausgebracht wird für unsere jungen Akademiker, die mit 1800 bis 2000 M anfangen, in einem Alter, wo andere Leute schon einen viel höheren Gehalt haben. Die Prämie, die die letzteren einzahlen, hat dann eine viel größere Wirksamkeit für ihre spätere Rente als bei dem akademischen Beamten, der erst etwa mit dem 26. Jahre anfängt, Prämie zu zahlen.

Ich möchte Herrn Prof. Spiegel doch bitten, seinen Widerspruch gegen diesen Punkt aufzugeben, und richte an Sie alle die Bitte, diese vorgelegte Resolution anzunehmen.“

Dr. Lang: Ich möchte erwidern, daß die Ausführungen des Herrn Dr. Hess zu § 1223a ganz unrichtig sind. § 1223a kann nur verstanden werden in Verbindung mit 1212 Ziffer 2 des ursprünglichen Entwurfes, wonach versicherungspflichtig sind Werkmeister, Betriebsbeamte, Techniker. Das Wort „Techniker“ wurde gestrichen auf Antrag der Diplomingenieure, weil man sich gesagt hat: Darunter gehören auch wissenschaftlich Gebildete, während nach Absicht des Gesetzes nur die nichtwissenschaftlichen Gebildeten darunter fallen sollten. Nun gibt es auch Fälle, in denen wissenschaftlich vorgebildete Personen eine nicht berufsmäßige und gewerberechtliche und nicht wissenschaftliche Tätigkeit ausüben, etwa als kaufmännische Gehilfen oder als Werkstättenarbeiter, und wenn diese nichtwissenschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird in einer Übergangsstellung oder zum Zwecke der Ausbildung, so kommen auch diese Personen außerhalb der Versicherung, und es bleiben nur solche übrig, die durch Zufall, Unglück oder eigenes Verschulden in eine dauernd untergeordnete Lage gekommen sind.“

Dr. Prüssing: „M. H.! Es ist Ihnen mitgeteilt worden, daß im Vorstandsrat die Zwangsversicherung nur gegen eine sehr erhebliche Minorität angenommen worden ist; es wurde auch schon ausgesprochen, daß möglicherweise die Stimmabgabe in der Hauptversammlung eine andere sein könnte, als sie im Vorstandsrat gewesen ist. Wir, die wir in der Minorität gewesen sind, der Bezirksverein Rheinland-Westfalen, ebenso der Bezirksverein Sachsen-Anhalt, den ich hier vertrete, haben ebenso durch die Fürsorge für unsere Söhne uns leiten lassen, wie die anderen Väter, jeder nach seiner Einsicht; wir, die Minorität im Vorstandsrat, glauben, daß es für die jungen Chemiker besser ist, ihnen nicht nur ein höheres geistiges Niveau zu geben, indem man das Maturum verlangt, sondern auch ein höheres wirtschaftliches Niveau, welches dadurch geschaffen wird, daß es denen, die sich auf staatliche Fürsorge angewiesen glauben, nicht ohne weiteres möglich ist, Chemiker zu werden. Das Standesbewußtsein des Chemikers wird nach unserer Annahme gehoben, wenn es erschwert wird, Chemiker zu werden, und auch die Gehaltsverhältnisse werden dann besser werden. Von solchen Gesichtspunkten aus hat die Minorität die Sache angeschaut.“ (Bravo!)

Kerteß: „Ich möchte sehr bitten, der Resolution, wie sie vorliegt, zuzustimmen. Die Ausführungen des Herrn Vorredners, daß wir eine größere Fülle von unselbstständigen Chemikern bekommen würden, kann ich nicht verstehen. Die Fülle wird so und so vorhanden sein. Unsere Pflicht ist es, in diesem Falle menschlich zu denken, nicht akademisch; wir müssen dafür sorgen, daß der einzelne in späteren Jahren eine gewisse Hilfe hat, wenn ihn Unglück trifft, gleichviel ob er akademisch gebildet ist oder nicht.“

Es sind vorzügliche Plaidoyers geführt worden. Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Dr. Hess sehr warm an. Ich möchte annehmen, daß überhaupt keine Möglichkeit vorliegt, daß die Generalversammlung anders beschließt; und ich

möchte Sie bitten, einen solchen etwas einseitigen Standpunkt nicht gutzuheißen, sondern die vorliegende Resolution anzunehmen. Durch die Ziffer 4 wird auch genügend Rücksicht auf die akademisch gebildeten Beamten genommen. Die Vorsorge wollen wir jedem angedeihen lassen, der in Not ist, und wer es später einmal sein wird, kann heute niemand wissen.“

Dr. Spiegel: „Ich kann meine Bedenken gegen den Punkt 4 nach wie vor nicht unterdrücken; sie beruhen zum Teil auf dem, was Herr Dr. Hesse angeregt hat, daß wir damit wahrscheinlich nicht durchdringen, und warum sollen wir etwas fordern, wovon wir selbst die Überzeugung haben, daß es nicht durchgeht? Um indessen das Zustandekommen der Resolution in keiner Weise zu gefährden, ziehe ich meinen Widerspruch zurück.“ (Bravo!)

Dr. Mehnert: „Wenn ich auch den Standpunkt teilen kann, daß wir das Standesbewußtsein unserer Kollegen heben sollen, so möchte ich doch meinen, daß man andererseits auch darauf Rücksicht nehmen muß, daß eine ganze Anzahl von minderbemittelten Kollegen da sind, die infolge von Krankheit oder sonstigen Umständen nicht rechtzeitig eine Lebensversicherung aufnehmen konnten. Die Lebensversicherungsgesellschaften untersuchen sehr genau, wie der Gesundheitszustand des einzelnen ist, und weisen solche, die kränklich sind, einfach zurück. Ich kenne Kollegen, die bei verschiedenen Lebensversicherungsgesellschaften angefragt haben und überall den Bescheid erhielten: es tut uns leid, wir können sie nicht aufnehmen. Diesen ist die Möglichkeit abgeschnitten, selbst für sich zu sorgen, auch ihnen soll aber geholfen werden. Ich möchte deshalb bitten, die Resolution so anzunehmen, wie sie der Vorstandsrat gestern beschlossen hat.“

Prof. Dr. Bucherer: „M. H.! Ich glaube, daß niemand von mir annimmt wird, daß ich nicht das genügende Standesbewußtsein habe; aber ich möchte im Sinne des Herrn Kerteß Sie fragen: Was heißt das eigentlich: Standesbewußtsein entwickeln? Ich meine, wenn man das entwickeln will, kann man es höchstens in dem Sinne tun, daß man sagt: Der Stand, dem man angehört, den man schätzt, legt Pflichten auf. In dem Sinne stimme ich jedem bei, der in einem bestimmten Falle sagt: „Das kann ich als Chemiker nicht tun,“ oder „Das muß ich tun.“ Aber hier handelt es sich doch um etwas ganz anderes, hier handelt es sich darum, daß wir unsere Kollegen oder ihre Hinterbliebenen, die mit Glücksgütern nicht gesegnet sind, wenn die Not an sie herantritt, vor dem Alleräußersten schützen. Wir wollen nicht vergessen, daß im Grunde genommen die Versicherten selbst im großen ganzen die Kosten der Versicherung tragen, und daß es nicht mit dem Standesbewußtsein unvereinbar ist, wenn man zu gewissen Zeiten einen Teil seines Einkommens hingibt, um ihn für den Fall der Not zur Hand zu haben. Ich kann auch nicht finden, daß der Umstand, daß andere von geringerer Vorbildung mit uns der gleichen Wohltat der Versicherung teilhaftig werden, für uns Chemiker die Sache unannehmbar mache. Es ist vorhin richtig darauf hingewiesen worden, daß die Werkmeister und Techniker doch schließlich an denselben Werke mit uns arbeiten, und ich glaube, keiner von uns, der sich ehrlich daraufhin prüft, wird diese Leute, die unter oder neben ihm arbeiten,

um deswillen gering achten wollen und sagen: Was eines Technikers, eines Werkmeisters würdig ist, kann meiner als eines Chemikers nicht würdig sein. Ich meine, in der Beziehung sollten wir die Grenzen, die uns von unseren Mitarbeitern trennen, fallen lassen. Wir sind alle Arbeiter und alle Menschen, und wenn einer das Glück gehabt hat, eine bessere Vorbildung zu genießen und infolgedessen in eine bessere Lebensstellung einzurücken, so darf dieser Umstand ihn und uns niemals hindern, uns mit dem einfachsten Arbeiter als Mitarbeiter zu fühlen, und als Menschen ihm ebenso nahezustehen, wie unseren Kollegen.“

Sodann ist es ganz ungerecht, wenn wir alle diejenigen, die durch ihre Vermögenslage dazu gezwungen sind, die Wohltat der Versicherung in Anspruch zu nehmen, nun von dieser Wohltat ausschließen wollen. Wohin kämen wir, wenn wir wünschten und danach unsere Maßnahmen trafen, daß nur solche Leute Chemiker werden, die überhaupt nicht auf eine derartige Versicherung angewiesen sind? Denken Sie an so manchen unserer großen Männer, an einen Luther oder Franklin, die aus ganz ärmlichen Verhältnissen hervorgegangen sind. Wenn man solche Grundsätze aufstellt und verwirklicht, so hätte es nie einen Luther oder nie so manchen anderen großen Mann gegeben. Den Gesichtspunkt darf man nicht geltend machen, wenn es sich darum handelt, unseren Kollegen, die in einer weniger günstigen Lage sind, die Wohltaten des Gesetzes zu verschaffen. In diesem Sinne möchte ich die Versammelten auffordern, treten Sie für die Resolution des Vorstandsrates ein.“ (Lebhaftes Bravo!)

Vors.: „Es ist Schluß der Debatte beantragt worden. Wird der Antrag unterstützt? (Wird bejaht und angenommen.) Der Schluß der Debatte ist beschlossen, ich nehme aber an, in dem Sinne, daß die Herren, die auf der Rednerliste stehen, noch zum Worte kommen. Es erhebt sich kein Widerspruch.“

Gerichten: „M. H.! Der Kern der Ausführungen des Vertreters von Sachsen-Anhalt war der, daß die Chemiker durch eine Zwangsversicherung eine gewisse moralische Schädigung erlitten, ihr Selbstverantwortungsgefühl leiden würde. Wenn dies richtig wäre, müßte es heute schon für alle die Herren zutreffen, die sich in dergestalt gesicherten Verhältnissen befinden, also auf alle Mitglieder der sog. Hauskassen, Werkskassen der großen Fabriken, sowie auf die Staatsbeamten. An denen müßte man doch die befürchteten moralischen Mängel längst bemerkt haben.“ (Heiterkeit.)

Dr. Quincke: M. H.! Was hier für und gegen vorgetragen worden ist, haben wir schon genau abgewogen; ich will Sie nur noch auf eines aufmerksam machen: Sie mögen entscheiden wie Sie wollen, in die Versicherung der Privatangestellten werden wir höchstwahrscheinlich doch einbezogen. Auf der anderen Seite müssen Sie sich darüber klar sein: Wenn Sie heute gegen die Resolution entscheiden, so wird eine Gelegenheit, für die Schwächeren unter unseren Standesgenossen einzutreten und den Gesetzentwurf in ihrem Interesse zu beeinflussen, Ihnen sobald nicht wieder geboten werden.“ (Sehr richtig!)

Vors.: „Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.“

Auf Antrag von Dr. Prüssing wird zuerst über den ersten Absatz der Resolution allein abgestimmt.“

Vors.: „Zu dem ersten Satze der Resolution stimmen: von den Mitgliedern, die je eine Stimme führen, 75 dafür, 5 dagegen, von den Mitgliedern, die mehrere Stimmen führen, 213 dafür, 134 dagegen.

Der erste Satz der Resolution ist mit 288 gegen 139 Stimmen angenommen. (Bravo und Händeklatschen.)

Wir kommen jetzt zu dem zweiten Teil der Resolution, da wird eine Abstimmung in dieser Weise wohl nicht mehr nötig sein. Ich bitte diejenigen Herren, die für den zweiten Teil stimmen wollen, die Hand zu erheben.

Gegen 2 Stimmen angenommen.

M. H.! Entsprechend den gestrigen Beschlüssen sollen also der Vorstand und der Soziale Ausschuß bzw. deren Vorsitzende dahin wirken, daß die Änderungen des Gesetzes, die Sie hier für notwendig erachtet haben, zur Durchführung kommen. Zu dem Zwecke werden wir uns mit der Arbeitszentrale der Privatbeamtenversicherung in Verbindung setzen. Selbstverständlich scheiden wir, wenn diese Zentrale dafür sein sollte, daß die Akademiker von der Versicherung ausgeschlossen werden, wieder aus.

Noch eine Bemerkung. Es ist Ihnen schon mitgeteilt worden, daß gestern im Vorstandsrat sich 34 Stimmen dafür und 26 dagegen erklärt haben. Wenn Sie sich der Debatte entsinnen, die in Frankfurt stattfand, so wurde damals und auch gelegentlich im Vorstandsrat gesagt, es sei eigentlich nicht richtig, daß in sozialen Fragen die Vertreter der Fachgruppen überhaupt eine Stimme haben. Ich habe damals erklärt, ich hielte die Vertreter der Fachgruppen für die neutralsten und unbefangenen. Ich glaube, gestern ist der Beweis dafür geliefert worden. Wenn die Fachgruppenvertreter gestern gegen die Anträge des Sozialen Ausschusses stimmten, so wäre die ganze Resolution gefallen und hätte nicht mehr an die Hauptversammlung gebracht werden können. Es wären dann nämlich 29 Stimmen dafür und 31 dagegen gewesen, ein Beweis dafür, wie gut es ist, daß die Fachgruppenvertreter in solchen Dingen mitstimmen dürfen.“

8. Dringlicher Antrag der anorganischen Fachgruppe.

„1. Die anorganische Chemie ist an vielen Hochschulen nicht in der ihrer Wichtigkeit entsprechenden Weise vertreten.

2. Die anorganische Chemie ist der organischen, pharmazeutischen, technischen Chemie gleichwertig und muß, wie diese, durch Ordinariate mit eigenen wohl ausgestatteten Instituten vertreten werden.

3. Die Vertretung der anorganischen Chemie, welche als ein besonderes selbständiges Fach zu betrachten ist, durch außerordentliche Professuren oder gar durch außerordentliche Lehrkräfte und Privatdozenten, entspricht nicht der Stellung der anorganischen Chemie in Technik und Wissenschaft. Die Überführung solcher Lehrstühle in Ordinariate bzw. die Neueröffnung solcher, wo ebensmäßige Lehrstühle noch nicht bestehen, wird als eine dringliche Forderung bezeichnet.“

Dr. Quirk e: „Der Antrag, der jetzt vorliegt, ist, im ganzen genommen, wohl mehr der Antrag des Herrn Prof. Jordis, als der der anorga-

nischen Fachgruppe. Er spricht so für sich selbst, daß ich glaube, ich brauche ihn nicht weiter zu erklären, vielleicht aber wünscht Herr Prof. Jordis noch einige Worte dazu zu sagen.“

Prof. Dr. Jordis: „Ich glaube, daß eine lange Begründung dieses Antrages nicht nötig ist, nachdem ich aber dazu aufgefordert worden bin, will ich sie geben.

Sie wissen, daß im Gegensatz zu den technischen Hochschulen, an denen die Chemie durch mehrere Ordinariate, darunter auch anorganische, vertreten ist, an unseren Universitäten nur ein anorganisches Ordinariat in Göttingen besteht. Wenn Sie nun die Organisation der Universitäten kennen, so wissen Sie, daß ausschließlich Ordinarien in den Fakultäten und Senaten sitzen und dort den Ausschlag geben. Wenn daher der Anorganiker etwas auf dem Herzen hat, ist er nie in der Lage, seine Anträge selbst zu vertreten, und das ist ein großer Mißstand. Sie wissen alle, daß überall nur dasjenige Aussicht auf Erfolg hat, was man selbst kennt und auch selbst vertritt. Nun kann man ja sagen, daß der Organiker als Chemiker ebenfalls in der Lage sein müßte, anorganische Wünsche zu vertreten; aber das ist nicht so der Fall. Unsere heutige anorganische Wissenschaft ist nur möglich auf Grundlage der physikalischen Chemie, wir brauchen daher zur Durchführung unserer Arbeiten teure Apparate, deren Betrieb wieder Geld kostet, und der Organiker, der im Notfall auch mit einer Batterie von Reagensgläsern arbeiten kann, jedenfalls aber in der Regel nur wenige Apparate benötigt, ist immer traurig, wenn man ihm sagt: „Ich brauche Apparate für physikalisch-chemische Meßmethoden!“ Er sagt dann, das sei doch Sache des physikalischen Chemikers, und wenn man zu dem geht, so sagt der: der Anorganiker ist ganz unnötig, das machen wir ja schon, und so findet der Anorganiker nirgends Gegenliebe, die Arbeiten aber, die er im Kopfe hat, bleiben leider ungemacht. Wenn Sie sich die Entwicklung unserer Chemie in den letzten 25 Jahren anschauen, so werden Sie finden, daß die schönen Reden, die wir Jahr für Jahr hören, daß nämlich die deutsche Wissenschaft überall an der Spitze marschiere, für dieses Gebiet mehr und mehr an Richtigkeit verliert. In der Tat ist die anorganische Chemie in Deutschland arg ins Hintertreffen geraten. Je länger wir zögern, ihr auch an den Universitäten eine entsprechende Vertretung zu geben, um so mehr wird das der Fall sein.“

Ieh will die Sache nicht weiter ausführen, Sie brauchen nur die Namen unserer führenden Männer in den letzten 25 Jahren sich zu vergegenwärtigen, so werden Sie finden, daß es nicht Deutsche sind, die die Fortschritte der Wissenschaft bewirkt haben, sondern Ausländer. Denken Sie an van't Hoff, Arrhenius, Ostwald, Gibbs, Moissan, Ramsay, Richards, Tammann, die Curies, das sind wohl diejenigen, die in den letzten Jahren das meiste Aufsehen erregt haben, wir haben dem nicht viel an die Seite zu setzen, aus dem einfachen Grunde, weil wir, wenn wir auch die Ideen haben — und wir haben sie — einfach die Apparate und die Mitarbeiter nicht auftreiben können, um unsere Ideen auszuführen. Wenn Sie bedenken, daß auch die Bunsengesellschaft in den letzten Tagen in Kiel gerade eine anorganische Tagung

hat halten wollen, ferner, daß vor 15 Jahren eine große Bewegung in derselben Richtung war, in der mein Antrag liegt, eine Bewegung, die leider im Sande verlaufen ist, so scheint es doch die höchste Zeit, daß auch der Verein deutscher Chemiker in dieselbe Kerbe hauft und uns auf den Universitäten hilft, die Mittel und die Gelegenheit zu erhalten, so zu wirken, wie wir es im Interesse unserer anorganischen Wissenschaft und im Interesse der deutschen Industrie gern tun möchten.“ (Bravo!)

V o r s.: „Wünscht noch jemand das Wort? Es ist nicht der Fall; wir kommen zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, die dafür sind, bitte ich die Hand zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu dem zweiten Dringlichkeitsantrag des Vorstandes:

„Der Verein deutscher Chemiker betont wiederholt, daß die geeignete Vorbildung für Nahrungsmittelchemiker ohne Ausnahme die Reifeprüfung einer deutschen neunklassigen höheren Schule ist, und befiehlt seinen Vorstand, an maßgebender Stelle erneut Vorstellungen in diesem Sinne zu machen.“

Der Antrag bedarf keiner langen Begründung. Wir haben uns wiederholt über die Sache unterhalten und sind einig geworden, das Maturum vor allem für die Nahrungsmittelchemiker zu verlangen. Wenn sich niemand zum Wort meldet, so bringe ich den Antrag sofort zur Abstimmung. — (Abstimmung und Gegenprobe.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.“

9. Vorbereitung des VIII. Internationalen Kongresses.

V o r s.: „Anfang September nächsten Jahres findet der Internationale Kongreß zu Washington und Neu-York statt. Mit den Vorbereitungen, soweit Deutschland dabei in Frage kommt, sind wir beauftragt worden.

Wie ich schon heute morgen sagte, hat mich der Präsident des Kongresses, Herr Dr. N i c h o l s , beauftragt, ihn zu entschuldigen, daß er nicht an unserer Tagung teilnehmen und die Einladung persönlich überbringen konnte. Die Eröffnung des Kongresses wird in Washington durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgenommen werden. Dann fährt die ganze Gesellschaft nach Neu-York, wo die Sitzungen in der Columbian University stattfinden. Dort ist nicht nur ein Lunch-Room vorgesehen, sondern auch ein sog. Dormitorium, wo jeder sich, wenn er müde ist, zum Ausruhen hinlegen kann. (Heiterkeit.)

Nach Beendigung des Kongresses finden Besichtigungen von Werken rund um Neu-York herum statt. Darauf wird in einem Extrazug eine Rundfahrt durch den ganzen östlichen Teil von Nordamerika diesesseits des Mississippi gemacht, etwa über Philadelphia, Pittsburg, Chicago, Buffalo, Boston usw. Es werden den Gästen die Schönheit des Landes und eine große Zahl von Fabriken der chemischen und mechanischen Industrien gezeigt. Ich bin nun bereits dreimal in den Vereinigten Staaten gewesen und kann aus eigener Erfahrung sagen, daß für alle diejenigen, die noch nicht drüber waren, sich die Teilnahme lohnen wird; Sie werden sicher staunen über das, was Sie sehen. Im allgemeinen waren die Amerikaner früher sehr geneigt und bereit, dem Fremden, vor allem dem Deutschen,

die Einrichtungen ihrer Fabriken zu zeigen. Das ist aber von Jahr zu Jahr schwerer geworden und heute nur noch möglich, wenn man intime Empfehlungsbriefe mitbringt. Die Amerikaner sind vorsichtiger geworden; sie haben vielfach schlechte Erfahrungen gemacht. Im nächsten Jahre wird sich durch den Kongreß wieder eine günstige Gelegenheit bieten. Es werden sich, wie mir Dr. N i c h o l s versicherte, sämtliche Tore öffnen. Wir alle sollten die Gelegenheit nicht versäumen, unseren Gesichtskreis zu erweitern. Man bringt nichts mit nach Hause, was man nachmachen kann, aber man wird angeregt zu neuen Taten, das habe ich an mir selbst erfahren, und das wird jeder von Ihnen erfahren, der mit hinüberfährt. Vielleicht gelingt es dem internationalen Komitee, einen Dampfer zu chartern, um für billigen Preis nach Neu-York zu kommen; ich bezweifle zwar, ob das möglich sein wird. doch soll es versucht werden.

Drum auf zur Fahrt nach Neu-York!“

Prof. Dr. R a s s o w : „Ich möchte bitten, noch einige Worte hinzufügen zu dürfen. Ich bin mehrfach besonders von den Vorsitzenden der Fachgruppen gefragt worden: Was sollen wir als Vorbereitung tun? Und da morgen die Fachgruppen fast durchweg in dieser Angelegenheit zu beraten haben werden, so möchte ich sagen, wie wir uns die Sache gedacht haben. Vielen von den Herren, die an einem internationalen Kongreß teilgenommen haben, wird es unangenehm aufgefallen sein, daß da plötzlich in irgend einer Sektion Anträge auftauchten über Annahme von Bestimmungsmethoden, Maßmethoden u. dgl. Durch eine Zufallsmajorität wird der Antrag dann zum Beschuß der Sektion erhoben, und in der letzten Sitzung des Internationalen Kongresses werden diese Beschlüsse verlesen und auch zu Beschlüssen des Internationalen Kongresses erhoben. Das hat meiner Ansicht nach nicht den geringsten Wert. Wohl aber ist es etwas anderes, wenn in nationalen Spezialvereinen oder in den Fachgruppen, wie wir sie haben, bestimmte analytische Fragen, z. B. aus dem Gebiete der ätherischen Öle, der Mineralöle oder aus den Gärungsgewerben wenigstens ein Jahr vorher experimentell vorbereitet werden. Wir haben jetzt ein volles Jahr Zeit bis zu der Versammlung in Freiburg; von den Fachgruppen können vorher schon Beschlüsse gefaßt und unserem Gesamtverein als Antrag für den Internationalen Kongreß unterbreitet werden. Die betreffenden Fachgruppen würden dann in der Sitzung des Internationalen Kongresses wohl vorbereite und wohl durchdachte Vorschläge bringen und mit ihrer Autorität unterstützen. Dann würden Beschlüsse gefaßt werden, die eines Internationalen Kongresses würdig sind. Ferner ist es eine wichtige Aufgabe für die Fachgruppen, daß Redner für die Abteilungssitzungen geworben werden, und daß Referate erstattet werden auch über andere Dinge, über die nicht gerade Beschuß gefaßt wird.“

Prof. Dr. J o r d i s : „Ich weiß nicht, ob auf dem Internationalen Kongreß die Kolloidchemie vertreten ist; nachdem sie aber in den letzten Jahren einen so großen Aufschwung genommen hat, wäre es wohl wünschenswert, daß eine unserer Fachgruppen die Kolloidchemie mit übernehme.“ (Zuruf: Anorganische?) Ja.

V o r s.: „Ich finde die Anregung sehr gut. Sie würden also beantragen, entweder eine besondere Sektion einzurichten, oder die Kolloidchemie der anorganischen Sektion anzugliedern?“ (Wird bejaht.)

10. Berichte des Vorstandes.

a) Vereinszeitschrift.

In Vertretung des Herrn Dir. Lüthy, der durch Heiserkeit am Sprechen verhindert ist, berichtet

Prof. Dr. Rassow: M. H.! Die Abrechnung über die Zeitschrift wird bekanntlich nicht veröffentlicht, es ist deshalb nicht angängig. Ihnen einzelne Zahlen daraus zu geben. Ich kann mich wohl auf das beschränken, was unser Herr Vorsitzender schon bei anderer Gelegenheit erwähnt hat. Wie Ihnen bekannt sein wird, hat die Zeitschrift im Jahre 1909 mit einem erheblichen Defizit abgeschlossen. Der Grund war im wesentlichen der Internationale Kongreß in London, der nicht nur viel Platz für den Abdruck der Berichte, sondern auch sehr erhöhte Honorare für die Herstellung der Berichte erfordert hat. Das wird bei jedem Internationalen Kongreß der Fall sein. Im Jahre 1910 haben wir balanziert. Die Einnahme hat sich durch die Zunahme der Mitgliederzahl erhöht; die Einnahmen für Inserate sind etwas gestiegen, und die Redaktion hat sich an die Weisung des Vorstandes gehalten, nach Möglichkeit zu sparen und mit dem auszukommen, was im Vorschlag steht. Die Folge davon ist, daß wir einen Überschuß von rund 720 M haben, der, wie Sie schon beschlossen haben, dem Zeitschriftenreservefonds zugeführt worden ist.“

V o r s.: „Wünscht jemand das Wort? -- Dann möchte ich ergänzend bemerken, daß eigentlich die Zeitschrift mit einem kleinen Verlust abgeschlossen hat: Ohne den Verkauf der älteren Jahrgänge ergab sie einen Verlust von 75 M; erst durch den Verkauf der älteren Jahrgänge ist der Überschuß entstanden. Ich richte an Sie die Bitte, fordern Sie nicht nur die Fabriken, welche chemische Produkte machen, auf, bei uns zu inserieren, sondern vor allem die Maschinenfabriken, die eminent viel für Inserate ausgeben, und denen wir nützen können. Die sollen uns in erster Linie helfen. Wenn wir eine Maschine bestellen, sollen sie uns ein Inserat geben. Das habe ich wiederholt so gemacht, und ich bitte Sie: Tun Sie es auch.“

Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift.

Prof. Dr. Rassow: „M. H.! Sie finden einen ausführlichen Bericht auf S. 6 bis 8 des Geschäftsberichts (vgl. Vorstandsratssitzung S. 1692). Sie sehen daraus, daß wir ein normales Jahr gehabt haben, daß die einzelnen Abteilungen der Zeitschrift im großen ganzen so wie in den früheren Jahren geblieben sind, daß sich auch der Umfang der Referate nicht wesentlich gesteigert hat. Die Zahl der Aufsätze hat sich allerdings etwas vermehrt. Sie sehen daraus, daß wir bei den Referenten schon auf möglichst Kürze mit Erfolg hingearbeitet haben.

Wir wollen in Zukunft den Referateanteil erweitern; wir haben schon eine ganze Anzahl Führer ausgestreckt, und ich hoffe, daß unsere Vereinsmitglieder uns in der Beziehung nicht im Stiche lassen werden, sondern sich dafür interessieren, daß gute Fortschrittsberichte bei uns erscheinen.“

Dr. Alexander: „Ich möchte eine Bitte an den Herrn Generalsekretär Prof. Dr. Rassow richten, die nicht direkt mit der Entwicklung der Zeitschrift zusammenhängt, die aber hier wohl untergebracht werden darf. Ich möchte ihn bitten, an die Schriftführer der verschiedenen Bezirksvereine ein Exemplar derjenigen Vereinszeitschrift gütigst besonders zu senden, in der Sitzungsberichte des Bezirksvereins veröffentlicht sind.“

Prof. Dr. Rassow: „Jeder Bezirksverein bekommt ein Gratisexemplar. (Zuruf: Ich bekomme es nicht!) Dann wissen Sie es nur nicht; es geschieht schon seit Jahren.“

b) Rechtsauskunftsstelle.

V o r s.: „Herr Prof. Dr. Osterrieth, der Leiter unserer Rechtsauskunftsstelle, ist bekanntlich zurzeit in Washington und vertreibt die deutsche Regierung auf dem dort stattfindenden Patentkongreß; er ist deshalb nicht in der Lage, hier zu erscheinen, und läßt sich entschuldigen. An seiner Stelle wird Herr Prof. Dr. Rassow das Wort nehmen.“

Prof. Dr. Rassow: „Auch dieser Bericht liegt gedruckt vor. Er lautet:

„Im Jahre 1910 sind 80 Anfragen bei der Rechtsauskunftsstelle eingegangen gegen 72 im Jahre 1909 und 76 im Jahre 1908.“

Über den Gegenstand der Fragen ist folgendes zu sagen:

48 Anfragen bezogen sich auf die Auslegung des Anstellungsvertrages, die übrigen betreffen Fragen, deren Beantwortung sich aus dem Gesetz ergibt, oder Fragen, die mit dem Anstellungsverhältnis nicht im Zusammenhang stehen.

Von den Fragen, die das Verhältnis zwischen einem Angestellten und dem Dienstherrn betreffen, stehen im Vordergrunde die Fragen über die Konkurrenzklause: 35 Fragen (gegen 24 im Jahre 1909 und 20 im Jahre 1908).

In 10 Fällen konnte ohne weiteres geantwortet werden, daß die Konkurrenzklause gültig sei.

In 6 Fällen konnte die Karenzverpflichtung mit großer Wahrscheinlichkeit als unwirksam bezeichnet werden, und zwar wegen der vom Reichsgericht verworfenen Verstärkung einer schweren Karenz durch eine Ehrenwortsklausel.

In den meisten Fällen konnte eine Auskunft nur in bedingter Weise gegeben werden. Denn in der Tat ist nach geltendem Recht die Wirksamkeit einer Karenzverpflichtung meistens von der Tatsache abhängig, ob durch die auferlegte Karenz der Angestellte in seinem Fortkommen unbillig behindert wird. Die Frage wird nur dann bejaht werden können, wenn es dem Angestellten infolge der Karenz nicht möglich ist, eine seiner Vorbildung, seinen Fähigkeiten und seinen praktischen Erfahrungen entsprechende Stellung zu finden, die ihm eine auskömmliche Existenz sichert. Dabei ist zu beachten, daß andere Umstände, die dem Angestellten das Auffinden einer Stelle erschweren, z. B. gesundheitliche Gründe, nicht in Betracht zu ziehen sind; ferner, daß die Möglichkeit oder Schwierigkeit, eine der früheren Stellung gleichwertige Stellung zu finden, noch nicht als eine unbillige Erschwerung des Fortkommens anzusehen ist. Denn damit muß ein Angestellter, der eine Konkurrenzklause unterschreibt, von vornherein

rechnen, daß er bei einem Stellungswechsel eine Einbuße erleidet. Gerade dieser Umstand hat ja auch bewirkt, daß nunmehr eine weitgehende gesetzliche Einschränkung der Konkurrenzklause er strebt wird. Der Verein hat zu dieser Frage schon mehrfach Stellung genommen. Auch im Bericht des Sozialen Ausschusses wird die Frage gestreift. Es genügt daher, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß alle Bestrebungen und etwa vorliegenden gesetzlichen Vorschläge und Anregungen den heutigen Rechtszustand in keiner Weise beeinflussen, und daß, bis ein neues, die Konkurrenzklause regelndes Gesetz in Kraft ist, die bisherigen Bestimmungen und Grundsätze allein maßgebend sind. Um so mehr haben alle Angestellten beim Abschluß von Anstellungsverträgen darauf zu achten, daß sie keine Karenzverpflichtungen unterschreiben, deren etwaige Wirkungen sie sich nicht klar gemacht haben und nicht gegebenenfalls auf sich zu nehmen entschlossen sind.

Neben der Konkurrenzklause kommen namentlich in Betracht die Fragen der Endigung des Vertragsverhältnisses, also die Frage der Kündigung (8 Fragen) und der Vertragsauflösung aus anderen Gründen, so z. B. wegen Gesundheitsschädigung (3 Fragen).

In 4 Fällen wurde die Frage berührt, unter welchen Voraussetzungen der Dienstherr verpflichtet sei, für eine im Betriebe erworbene Gesundheitsschädigung eine Entschädigung zu leisten.

Die Angestelltenerfindung betrafen 4 Fragen (1909: 4, 1908: 11.)

Die gesetzlichen Bestimmungen über Geheimnisverrat betrafen 3 Fragen, über den Anspruch auf ein Zeugnis 2 Fragen, über die Obliegenheiten der Angestellten 3 Fragen.

Eine Beratung beim Vertragsabschluß erfolgte in 10 Fällen. Hierbei wurden folgende Fragen berührt: Konkurrenzklause (in 4 Fällen), die Angestelltenerfindung (in 7 Fällen), gegen 1909: 4, 1908: 11 Fälle, die Geheimniswahrung, die Bestimmung der Arbeitszeit, die Krankenversicherung in je 1 Falle.

Weiter wurden aus dem Anstellungsverhältnis folgende Fragen berührt, und zwar jeweils in 1 Falle: Anspruch auf Tantième, Konflikt mit einem Vorgesetzten, Gehaltszahlung, Anspruch auf eine Gratifikation, Konventionalstrafe, Recht auf Urlaub, Anfechtung eines Vertrages, Haftung für strafbare Handlungen im Betriebe und Vertragserfüllung.

Die übrigen Fragen bezogen sich nicht auf das Angestelltenerverhältnis. Mehrfach wurden Fragen aus dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes gestellt: über die Möglichkeit der Sicherung der Rechte an Erfundenen in 3 Fällen; über Patentanmeldung in 1 Falle; über patentrechtliche Vorbenutzung in 1 Falle; über die Warenzeichenanmeldung in 1 Falle, über Gebrauchsmusterschutz in 1 Falle; über einen Patentverwertungsvertrag in 1 Falle.

2 Anfragen bezogen sich auf Versicherungsverträge; 1 Anfrage auf das Konkurrenzverhältnis zwischen zwei Nahrungsmittelchemikern; 1 Anfrage auf eine literarische Honorarforderung; 1 Anfrage auf die Berechtigung zur Führung des Chemiker-titels.

Schließlich eine Anzahl von prozessualen Fra-

gen, Begutachtungen von Prozessen, Prüfung der Aussicht der Revisionseinlegung (in 1 Falle), Sachverständigengebühren (in 1 Falle) und Zeugengebühren (in 1 Falle).

1 Anfrage bezog sich auf gewisse verwaltungsrechtliche Verhältnisse innerhalb eines Bundesstaates. Hier war der Rechtsbeistand nicht in der Lage, eine Auskunft zu erteilen.

Die meisten Fragen kamen von Mitgliedern, die in Deutschland wohnen. Immerhin sind auch einige Fragen aus dem Auslande an die Rechtsauskunftsstelle gelangt. So 3 aus Österreich, 3 aus Frankreich, 2 aus der Schweiz und je 1 aus Belgien und Portugal.

In 2 Fällen versuchte der Rechtsbeistand eine Vermittlung zwischen dem Angestellten und der betreffenden Firma zu übernehmen. In 1 Falle wurde namentlich dank der Mitwirkung des Sozialen Ausschusses und eines Mitgliedes dieses Ausschusses eine erfreuliche Milderung einer Karenzverpflichtung erzielt. — In dem zweiten Falle hat die betreffende Firma eine Antwort nicht für nötig gefunden.

In 3 Fällen hat eine mündliche Beratung stattgefunden.

Die meisten Anfragen konnten durch ein einfaches Antwortschreiben erledigt werden. In einigen wenigen Fällen wurde eine Ergänzung des Gutachtens erbettet. In anderen Fällen hat sich eine fortlaufende Beratung als wünschenswert erwiesen.

In 14 Fällen haben die Fragesteller den Empfang der Auskunft bestätigt; in einzelnen wenigen Fällen wurde zugleich über die Erledigung der Sache, namentlich über die Wirkung der Auskunft berichtet. Einige neue Anfragen, die im Laufe des Jahres von solchen Herren eingingen, die schon in früheren Jahren die Rechtsauskunftsstelle in Anspruch genommen hatten, haben auf die früheren Fragen Bezug genommen und auch über den Ausgang der damaligen Sache Auskunft gegeben. Unzweifelhaft sind auch viele Fälle so gelagert, daß kein Anlaß besteht, über die Verhältnisse, die die Fragen verursacht haben, genaueres zu berichten, namentlich werden ja auch manche Anfragen in hypothetischer Weise gestellt. Immerhin sei aber im Interesse der Wirksamkeit der Rechtsauskunftsstelle auch in diesem Jahre die dringende Bitte an alle Mitglieder gerichtet, über den Ausgang oder die Art der Erledigung oder die etwaige Wirkung des Gutachtens eine kurze Mitteilung an den Rechtsbeistand gelangen zu lassen. Namentlich ist dies wünschenswert in solchen Fällen, in denen ein Rechtsstreit geführt worden ist. Denn allein aus solchen Mitteilungen läßt sich beurteilen, ob die Auskünte oder Gutachten den Bedürfnissen der Fragesteller entsprechen, und ob sie dem Fragesteller genutzt haben.

Für die Ausarbeitung eines kleinen Handbuches des Angestelltenrechts hat sich jetzt schon ein Material angesammelt, das einen Überblick gibt über die wichtigsten Fragen, die für das Angestelltenverhältnis in Betracht kommen. Jedoch sprechen die schon in früheren Berichten dargelegten Gründe auch jetzt dafür, mit dieser Ausarbeitung zu warten, bis die sich in Vorbereitung befindlichen Gesetzesreformen der Frage der Konkurrenzklause und der Angestelltenerfindung eine gesetzliche Neu-

regelung erfahren haben, Die Angestelltenerfindung hat, wie die obigen Angaben ersehen lassen, an Bedeutung erheblich verloren. Vielleicht würde man, wenn die Reform des Patentrechtes sich in die Länge zieht, das Zustandekommen des neuen Patentgesetzes nicht abzuwarten brauchen. Dagegen spielt die Konkurrenzklause in den Beziehungen der Angestellten zu dem Dienstherrn eine derartige Rolle, daß es unbedingt wünschenswert erscheint, gerade in dieser Frage zunächst die neuen gesetzlichen Bestimmungen abzuwarten. Auch durch die Arbeiten des Sozialen Ausschusses, über die ein besonderer Bericht vorliegt, wird die Vorbereitung einer Zusammenstellung des Angestelltenrechts in dankenswerter Weise gefördert.“

Wie Herr Prof. O s t e r r i e c h über die einzelnen Fragen denkt, erschen Sie aus dem Bericht. Die Konkurrenzklause und ihre Handhabung ist noch immer der wichtigste Punkt und der häufigste Grund zu Anfragen gewesen. Wir hoffen, daß Prof. O s t e r r i e c h im Laufe des nächsten Jahres soviel Material haben wird, um das gewünschte Rechtsauskunftsbuch für Chemiker verfassen zu können, und wir sind sicher, bei der großen Erfahrung und Ruhe, mit der Prof. O s t e r r i e c h alle solche Sachen handhabt, daß das ein nützliches Werkchen für den Chemiker werden wird. Aber eine Bitte möchte ich noch unterstreichen, die Prof. O s t e r r i e c h schon öfter ausgesprochen hat: daß die Herren, die eine Auskunft erbeten haben, nachher mit einigen Zeilen ihm mitteilen, wie der Hase gelaufen ist. Was nützt ihm sein schönster Rat, wenn er nachher nicht weiß, ob der Rat einen Erfolg gehabt hat, ob der Fragesteller davon einen Nutzen gehabt hat, oder die Sache ins Wasser gefallen ist. Ich finde, es ist eigentlich nur eine Pflicht der Höflichkeit, die man für selbstverständlich halten sollte, daß jemand, der eine freundliche Auskunft erhalten hat, dann schreibt: Ich danke schön, die Sache hat genutzt, oder: Es ist nichts daraus geworden.“

V o r s.: „Es wünscht niemand mehr das Wort. Dann möchte ich ausdrücklich bemerken, daß ich mich den Worten des Herrn Vorredners nur anschließen kann. Gemäß dem alten Spruch: Wer lobet in praesentia und tadelt in absentia, den holt die pestilentia, kann ich heute das Herrn Prof. Dr. O s t e r r i e c h gespendete Lob nur in vollem Maße unterschreiben; er ist wirklich außerordentlich geeignet für diese Aufgabe. Er hat nicht nur die Ruhe, die schon Prof. R a s s o w hervorgehoben hat; die allciñ tut es ja nicht, er hat vor allem eine umfassende Kenntnis dieses Gebiets sich angeeignet, und ich kann nur empfehlen, wenn Sie in rechtlichen und vor allem auch in sozialen Dingen zweifelhaft sind, wenden Sie sich an Herrn Prof. O s t e r r i e c h.“

b) Stellenvermittlung 1910.

Die Benutzung der Stellenvermittlung unseres Vereins seitens der Stellengeber hat im vergangenen Jahre einen höchst erfreulichen Aufschwung genommen. Mit einem Bestand von 14 offenen Stellen traten wir in das Jahr 1910 ein, der Zugang im Laufe des Jahres betrug 80, gegenüber 70 und 73 in den beiden vorhergehenden Jahren. Es gelangten also insgesamt 94 (82 und 84) zur Ausschreibung. Davon wurden 77 (66 und 53) als besetzt gemeldet, während 4 (3 und 19) gestrichen werden mußten, auf Grund von § 10 der G. O. Es verblieb somit am 31./12. 1910 ein Bestand von 13 (13 und 12) offenen Stellen.

Nichtmitglieder befanden sich unter den Stellengebern 28 (20 und 12), ihr Anteil an der Gesamtzahl stieg also von 14,3 im Jahre 1909 auf 24,4% im Jahre 1909 und 29,8% im Jahre 1910 — ein höchst erfreulicher Beweis dafür, daß unsere Stellenvermittlung unter den Stellengebern auch außerhalb unseres Vereins eine ständig wachsende Beachtung findet.

Gerade das Gegenteil muß leider von den stellensuchenden Chemikern gesagt werden. Im ganzen benutzten 138 Fachgenossen gegenüber 209 und 172 in den beiden Vorjahren unsere Stellenvermittlung zur Erlangung einer Stelle. Ist das vielleicht auch ebenso wie die Zunahme der ausgeschriebenen Stellen als ein Zeichen der infolge der Hochkonjunktur einsetzenden Besserung auf dem Stellenmarkt an und für sich hoherfreudlich, so ist doch im Interesse der Stellenvermittlung selbst eine stärkere Beteiligung seitens der Stellensucher dringend erwünscht, da die Geschäftsstelle in die unangenehme Lage versetzt wird, den Stellengebern besonders in oestimmten Spezialfällen keine hinreichende Auswahl vorlegen zu können. Von den 138 (209) Stellensuchenden gehörten 106 (157) dem Vereine an.

Natürlich ist auch die Zahl derjenigen, die mit ihrer Bewerbung Erfolg hatten, absolut gesunken. Sie betrug nur 56 gegenüber 80 i. V. Relativ bedeutet das zwar noch eine Steigerung von 38 auf 40%, die aber doch in keinem Verhältnis zu dem Anwachsen der Zahl der ausgeschriebenen und besetzten Stellen steht. Die Stellengeber waren eben mehr als früher auf die Auswahl unter den geschlossenen Bewerbungen angewiesen, die in einer Anzahl von 515 (505) auf die in der Zeitschrift ausgeschriebenen Stellen hineinliefen. Diese Zahlen zeigen ja auch, daß die Stellengeber immerhin eine reiche Auswahl erhalten. Freilich ist auch hier der Durchschnitt der auf eine Stelle entfallenden Bewerber gesunken, und zwar von 6,2 auf 5,4, worin wieder die Besserung auf dem Stellenmarkt zum Ausdruck gelangte. Die beigefügten Tabellen mögen die Entwicklung, die die Stellenvermittlung im vergangenen Jahre genommen hat, im einzelnen zeigen.

a. Stellengeber.

	Bestand am 1./1. 1910	Zugang 1910 (1909 u. 1908)	Zusammen 1910 (1909 u. 1908)	Erledigt	Besetzt	Gestrichen	Erneuert	Bestand am 31./12. 1910
Mitglieder	10 (9, 9)	56 (53, 63)	66 (62, 72)	59 (58, 63)	56 (51, 48)	3 (1, 15)	—	9 (10, 9)
Nichtmitglieder	4 (3, 2)	24 (17, 10)	28 (20, 12)	22 (17, 9)	21 (15, 5)	1 (2, 4)	—	4 (3, 3)
	14 (12, 11)	80 (70, 73)	94 (82, 84)	81 (75, 72)	77 (66, 53)	4 (3, 19)	—	13 (13, 12)

b. Stellensucher.

	Bestand am 1./1. 1910	Zugang 1910	Zusammen	Erledigt	Stellung gefunden	Gestrichen	Erneuert	Bestand am 31./12. 1910
Mitglieder	44 (54)	66 (103)	106 (157)	85 (113)	44 (62)	36 (41)	5 (10)	21 (44)
Nichtmitglieder	18 (25)	11 (27)	32 (52)	27 (34)	14 (18)	12 (16)	1 (—)	5 (18)
	62 (79)	77 (130)	138 (209)	112 (147)	58 (80)	48 (57)	6 (10)	26 (62)

Die schwache Benutzung der regulären Stellenvermittlung hat uns veranlaßt, im neuen Jahre in Heft 4 S. 178 eine Aufforderung an die Stellensuchenden deutschen Chemiker zu richten, sich dieser Einrichtung mehr als bisher zu bedienen. Es sei nochmals auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Bewerbung mittels geschlossener Schreiben, die doch immer erst auf die in der Zeitschrift erfolgte Ausschreibung einer Stelle erfolgen kann, nur ein Notbehelf sein soll, da solche Bewerbungen vielfach zu spät eintreffen. Denn die Stellen sind meist sehr schnell zu besetzen, oft so schnell, daß die Stelle gar nicht erst zur Ausschreibung gelangt. Wir richten daher erneut an alle stellensuchenden Fachgenossen die dringende Aufforderung, sich die Formulare für die Stellenvermittlung von der Geschäftsstelle einzufordern und ausgefüllt zurückzusenden. Sie werden dadurch ihren eigenen Interessen am besten dienen.

Prof. Dr. Rassow: „Auch die Stellenvermittlung hat sich im großen ganzen günstig weiter entwickelt. Es ist charakteristisch für den augenblicklichen Zustand auf dem Stellenmarkt, daß wir eine verhältnismäßig gute Zunahme von Stellenangeboten und eine Abnahme der Stellennehmer in vergangenen Jahren gehabt haben. Es ist infolgedessen auch nicht möglich gewesen, eine so hohe Zahl von durch uns besetzten Stellen, wie in den vergangenen Jahren, verzeichnen zu können. Die Zunahme der bei uns gemeldeten offenen Stellen und die Abnahme der Stellensucher hat uns bewogen, noch im Anfange dieses Jahres ein Rundschreiben in der Zeitschrift zu erlassen, in dem wir diejenigen Kollegen, die ihre Stellung verändern wollen oder schon stellenlos sind, bitten, sich unserer Vermittlung zu bedienen, und zwar nicht bloß, indem sie geschlossene Bewerbungsschreiben schicken, sondern indem sie unseren Stellenvermittlungsbogen ausfüllen. Wenn eine Stelle bei uns angemeldet wird, schicken wir im Laufe der nächsten Tage die Bogen hin. Die Herren, die bei uns angemeldet sind, haben infolgedessen den Vortzug, daß ihre Bewerbung zuerst geprüft wird. Die geschlossenen Bewerbungsbücher gelangen im Durchschnitt erst 8 bis 10 Tage später an den Stellengeber, weil die Zeitschrift ja erst gedruckt werden muß. Außerdem gelangen auch eine Anzahl Stellen gar nicht erst zur Ausschreibung und also auch nicht zur Kenntnis der Leser. Deshalb ist es günstig für solche Kollegen, die sich nach neuen Stellen umsehen, wenn sie die Stellenvermittlungsbogen ausfüllen.“

Dr. Lange: „M. H.! Sie haben gehört, daß Herr Prof. Rassow konstatiert hat, daß die Zahl der Stellensuchenden abgenommen hat. Ähnliches ist zu konstatieren von der Maschinentechnik und der Elektrotechnik. Trotzdem erscheinen immer wieder „Notschreie“, wonach sich angeblich Diplomingenieure zu Jammerpreisen anbieten, und

die womöglich bereit sind, nebenbei noch Klavierunterricht zu erteilen usw. Der Verband deutscher Diplomingenieure hat in solchen Fällen an die betreffenden Chiffren geschrieben und die Bereitwilligkeit erklärt, diese Diplomingenieure sofort mit einem Anfangsgehalt von 200 M in geeigneten Berufsstellungen unterzubringen; der Verband hat aber darauf nie eine Antwort erhalten. Es scheint sich also hier um ein Manöver zu handeln, und daß solche Notschreie von gewissen gewerkschaftlichen Organisationen aus durchsichtigen Gründen ausgehen.“ (Heiterkeit.)

d) Statistik der Chemiker und Chemie Studierenden für das Jahr 1910.

A) Chemiker, die bei Firmen der chemischen Industrie angestellt sind.

Die Fragebogen haben wir in diesem Jahre nur an die 371 Firmen gesandt, die im Vorjahr positiv geantwortet haben. Bis auf einige wenige Firmen, die auch auf dreimalige Mahnung nicht reagierten, haben sie auch in diesem Jahre den Bogen ausgefüllt. Für die fehlenden, übrigens nur wenige Chemiker beschäftigenden Firmen mußten daher die Zahlen der vorjährigen Rundfrage eingesetzt werden. Eine Firma ist im vergangenen Jahre erloschen, dafür sind aus einer anderen zwei hervorgegangen, so daß die Zahl der von der Statistik erfaßten Firmen die gleiche geblieben ist.

Diese 371 Firmen beschäftigten insgesamt:

1910: 2467 Chemiker und 290 Chemotechniker
1909: 2350 Chemiker und 269 Chemotechniker

Die Zahl der Chemiker hat demnach um 5% zugenommen, gegenüber 3,2% im Vorjahr. Die Zahl der Chemotechniker nahm um 7,8 (3,1)% zu. Im einzelnen stellen sich die Veränderungen innerhalb der Zahl der angestellten Chemiker und Chemotechniker der 371 Firmen wie folgt dar:

Tabelle A.

Abgang im Laufe der Jahre 1910 und (1909):

	Chemiker	Chemotechniker
Es sind gestorben	14 (16)	1 (3)
Es wurden pensioniert . . .	9 (8)	— (2)
Es hatten Karenz	17 (8)	— (—)
Es gingen in and. Stellungen	153 (144)	20 (17)
Insgesamt Abgang	193 (176)	21 (22)

Zugang im Laufe des Jahres 1910 und (1909):

Direkt von Hochschulen	
usw. kamen	154 (138)
Davon ohne Abschlußexam.	4 (9)
mit Doktorexamen . . .	129 (104)
mit Diplomexamen . . .	40 (29)
gewesene Assistenten . .	55 (48)
Es kamen aus and. Stellgn.	156 (112)
Insgesamt Zugang	310 (250)

45 (29)

An dieser Aufstellung fällt einigermaßen auf die Zunahme der Zahl derjenigen, die unter Karenz abgingen, ohne anderweit Stellung angenommen zu haben. Wie wir weiter unten sehen werden, entfällt der größere Teil dieser Kategorie (70,6%) auf die Großfirmen der chemischen Industrie, bei denen fast ausnahmslos die Karenzverpflichtung nur gegen Fortzahlung des Gehalts auferlegt wird, und es ist als sicher anzunehmen, daß das auch wenigstens bei einem Teil der anderen Firmen der Fall ist. Ungünstige Schlußo auf eine Verschlechterung der Lage der angestellten Chemiker lassen sich also keinesfalls daraus ziehen. Im Gegenteil findet in dem verhältnismäßig starken Zuwachs, den die Zahl der Chemiker im vergangenen Jahre erfahren hat, die schon aus dem Berichte über die Stellenvermittlung hervorgehende, auf die zurzeit bestehende Hochkonjunktur begründete Besserung auf dem Stellenmarkt ihren unmittelbarsten Ausdruck. Mit größter Freude ist auch die auffällige Abnahme der Zahl der ohne Abschlußexamens in die Technik Gehenden zu konstatieren.

Freilich ist unsere Statistik einstweilen viel zu beschränkt, und man muß sich hüten, die Zahlen, so wie sie sich hier summarisch und prozentual darstellen, schlechthin zu verallgemeinern. So wäre es

z. B. grundfalsch, zu sagen, daß sich die Zahl aller in der Industrie Deutschlands beschäftigten Chemiker gegenüber dem Vorjahr um 5% vermehrt hätte. Um hierüber einen einwandfreien Anhalt zu gewinnen, erschien es wünschenswert, aus der Zahl der 371 Firmen einmal die „Großfirmen“ (so wollen wir im folgenden, unabhängig von der offiziellen nach der Arbeiterzahl erfolgenden Scheidung in Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe die Firmen bezeichnen, die mehr als 20 Chemiker beschäftigen) auszusondern. Denn es war vorauszusehen, daß bei diesen Firmen, die fast ausnahmslos den Hauptteil ihrer Chemiker in Laboratorien beschäftigen, etwas andere Verhältnisse obwalten.

Solcher „Großfirmen“ hatten wir im ganzen 18 in der Statistik. Die Zahl der bei ihnen beschäftigten Chemiker betrug am 1./1. 1911 1338, der Chemotechniker 100, d. i. 54,2 und 34,5% der Gesamtzahlen. Auf die übrigen 353 Firmen entfielen also nur noch 1129 Chemiker.

Sehen wir uns nun die bei diesen 18 Großfirmen im vergangenen Jahre eingetretenen Änderungen im einzelnen an, so erhalten wir folgende Tabelle B, in der die für die Großfirmen geltenden Zahlen neben den für die übrigen Firmen geltenden aufgeführt sind.

Tabelle B.

	Chemiker in				Chemotechniker in			
	Großfirmen		übrigen Firmen		Großfirmen		übrigen Firmen	
	Zahl	in %	Zahl	in %	Zahl	in %	Zahl	in %
A b g a n g:								
Es sind gestorben	8	57,1	6	42,9	—	—	1	100,0
Es wurden pensioniert	3	33,3	6	66,7	—	—	—	—
Es hatten Karenz	12	70,6	5	29,4	—	—	—	—
Es gingen in andere Stellung . .	38	24,6	115	75,4	8	40,0	12	60,0
Insgesamt Abgang	61	31,6	132	68,4	8	38,1	13	61,9
Abgang ohne die Pensionierten und Verstorbenen								
Abgang ohne die Pensionierten und Verstorbenen	50	29,0	120	71,0	8	40,0	12	60,0
Z u g a n g:								
direkt von d. Hochschule usw. kamen	89	57,8	65	42,2	4	20,0	16	80,0
davon ohne Abschlußexamens	—	—	4	100,0	—	—	1	100,0
mit Doktorexamen	80	62,0	49	38,0	—	—	—	—
mit Diplomexamen	22	55,0	18	45,0	—	—	—	—
gewesene Assistenten	43	78,2	12	21,8	—	—	—	—
Es kamen aus anderer Stellung . .	66	42,3	90	57,7	13	52,0	12	48,0
Insgesamt Zugang	155	50,0	155	50,0	17	40,5	28	59,5

Der Reinzuwachs beträgt bei den beiden Firmenkategorien 7,6 und 2,1% für Chemiker und 9,9% und 6,7% für Chemotechniker; es besteht also namentlich im Reinzuwachs der Chemiker zwischen beiden eine sehr starke Differenz, indem die 18 „Großfirmen“ eine weit stärkere Aufnahmefähigkeit zeigen als die anderen Firmen. Das für die letzteren ermittelte Verhältnis von 2,1% dürfen wir wohl mit leidlicher Sicherheit als auch für die von unserer Statistik nicht erfaßten Betriebe gültig ansehen, so daß, wenn wir die Gesamtzahl aller in deutschen industriellen Unternehmungen beschäftigten Chemiker (ohne die bei den 18 „Großfirmen“

angestellten) zu rund 8000 annehmen, der Reinzuwachs der in der Technik beschäftigten Chemiker sich auf rund 260 beläßt.

Recht interessante Schlußo auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in beiden Firmenkategorien lassen sich weiterhin aus den Zahlen der Tabelle B ziehen. Was den A b g a n g betrifft, so fällt zunächst der schon erwähnte hohe Prozentsatz von karenzhaltenden Chemikern auf, der auf die „Großfirmen“ entfällt (70,6% statt des zu erwartenden Durchschnitts von 54,2%). Wie schon gesagt, röhrt er daher, daß bei diesen Firmen den Chemikern infolge Bezahlung der Karenz der Entschluß zur

Aufgabe einer nicht zusagenden Stelle ganz wesentlich erleichtert wird. Daß trotzdem der Abgang, der sich nach Abzug der Pensionierten und Verstorbenen ergibt, bei den „Großfirmen“ einen wesentlich geringeren Prozentsatz ausmacht, als bei den anderen Firmen (29,0 gegen 71,0%), ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die bei den Großfirmen angestellten Chemiker relativ gut gestellt sind. Berechnet auf die Zahl der bei den beiden Kategorien beschäftigten Chemiker betrug der Abgang bei den „Großfirmen“ nur 3,7% gegenüber 10,6% bei den anderen Firmen und 6,9% im Durchschnitt. Der bei den „Großfirmen“ wesentlich höhere Reinzuwachs kommt hauptsächlich auf die jungen von der Hochschule kommenden Chemiker, während die aus anderen Stellungen Kommenden zum größeren Teile bei den anderen Firmen Aufnahme fanden. Auch betreffend Vorbildung der von der Hochschule Kommenden bestehen bemerkenswerte Unterschiede. Von denjenigen, die ohne Abschlußexamens in die Technik gingen, deren Zahl an und für sich eine höchst erfreuliche Abnahme zeigt, fand kein einziger Anstellung bei den „Großfirmen“, dagegen der größte Teil aller gewesenen Assistenten (78,2%).

Darauf wurde es unternommen, die befragten Firmen nach den Gewerbegruppen zu ordnen. Die Resultate sind in der Tabelle C übersichtlich zusammengestellt.

Tabelle C.

Gewerbegruppe oder Untergruppe	Zahl der Firmen		Zahl d. angest. Chem.	Zahl d. angest. Chemotechn.	Zahl der 1910 direkt von der Hochschule gekommenen Chem.
	dieser Stat.	ins. gesamt ¹⁾			
Chem. Großindustrie ²⁾	273	575	2228	237	131
Dieselbe nach Abzug der „Großfirmen“ ³⁾	255	557	890	137	42
Chemische Mittelbetriebe ⁴⁾	50	2264	74	10	3
Chem. Laborat. und Versuchsanstalten.	5	—	65	4	11
Industrie der Steine und Erden	18	—	35	12	5
Industrie der Nahr- und Genußmittel .	7	—	15	3	—
Textilindustrie	4	—	9	1	1
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	7	—	20	21	2
Industrie der forstwirtschaftl. Nebenprodukte, Leuchtstoffe usw.	2	—	16	1	1

Außerdem sind noch zu nennen: Papier- und Zellstofffabriken, die ebenfalls eine Anzahl Chemiker beschäftigen. Im allgemeinen läßt sich, so dürftig auch unsere Statistik namentlich betreffend die nichtchemischen Gewerbegruppen ist, doch erkennen, ein wie großer Prozentsatz unserer Fachgenossen gerade in den Nebenzweigen sein Unter-

¹⁾ Vgl. die Resultate der gewerblichen Betriebszählung Deutschlands vom 12./6. 1907; diese Z. 22, 1701 (1909) und 23, 1023 (1910).

²⁾ Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern.

³⁾ Siehe Tabelle B.

⁴⁾ Betriebe mit 5 bis 50 Arbeitern.

kommen gefunden hat. Am befriedigendsten sind von unserer Statistik die Betriebe der chemischen Großindustrie erfaßt. Wir können annehmen, daß die als „Großfirmen“ bezeichneten Angehörigen dieser Gewerbeuntergruppe fast sämtlich in der Statistik vertreten sind. Wir können also, ohne erhebliche Fehler zu begehen, die für die nach Abzug der „Großfirmen“ verbleibenden 255 Großbetriebe ermittelte Zahl der Chemiker auf die Gesamtzahl der in Deutschland vorhandenen chemischen Großbetriebe umrechnen. Dabei ist noch die Zunahme dieser Gesamtzahl seit 1907 zu berücksichtigen, die in der Zeit von 1895 bis 1907 durchschnittlich 4,4% im Jahr betragen hat. Unter Zugrundelegung dieses Verhältnisses kommen wir auf eine Zahl von rund 630×890 gleich rund 255 2200 Chemiker angestellt sind. Zusammen mit den 1338 Chemikern der „Großfirmen“ wären also in der chemischen Großindustrie rund 3550 Chemiker beschäftigt. In den übrigen Unterabteilungen ist der Prozentsatz der befragten Firmen viel zu gering, um ohne erhebliche Fehler eine ähnliche Umrechnung zu gestatten. Immerhin darf man wohl annehmen, daß die Zahl der in chemischen Mittelbetrieben (deren Zahl gegenüber 1907 jährlich um 2,25% gewachsen sein dürfte) angestellten Chemiker mindestens 2000 beträgt. Noch schlechter sind die nichtchemischen Gewerbegruppen in unserer Statistik weggekommen. Keinesfalls aber werden wir zu hoch greifen, wenn wir die Zahl der hier beschäftigten Chemiker auf rund 4000 annehmen. Wir kämen damit auf eine Gesamtzahl von rund 9500 Chemikern, die zurzeit in der Industrie tätig sind.

Als letzte Rubrik haben wir der Tabelle C die Zahl der im Jahre 1910 direkt von der Hochschule gekommenen Chemiker beigefügt, weil es von Wichtigkeit erschien, den Bedarf der einzelnen Gruppen an jungen Kräften vergleichsmäßig festzustellen. Nächst der chemischen Großindustrie, insbesondere den „Großfirmen“ mit ihrem großen Bedarf an jungen Chemikern, kommen da in erster Linie die chemischen Laboratorien und Versuchsanstalten in Betracht, die viele Chemiker für bestimmte Berufszweige vorbereiten. Auch die Industrie der Steine und Erden (Zementfabriken u. dgl.) weist einen verhältnismäßig großen Bedarf auf.

Wir haben im vorstehenden zum ersten Male versucht, die Ergebnisse unserer Statistik nach Möglichkeit zu verwerten. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß viele der hier gegebenen Zahlen noch völlig in der Luft schwaben. Wir geben sie auch nur wieder, weil wir glauben, die nötige Grundlage geschaffen zu haben für die in den nächsten Jahren beabsichtigte weitere Ausdehnung dieser Umfrage. Wir sind dabei einzig und allein auf das Entgegenkommen aller in Betracht kommenden Firmen angewiesen, und wir hoffen bestimmt, auch diejenigen Firmen, die bisher die Umfrage nicht beantwortet haben, für die gemeinnützigen Ziele dieser Statistik zu interessieren, so daß sie ihre zum Teil auf selbstverständlichkeit unberechtigtem Argwohn begründete ablehnende Haltung aufgeben werden.

Für einen Industriezweig, nämlich die Zucker-industrie, steht uns noch statistisches Material zur

Verfügung in dem jährlich erscheinenden Verzeichnis der Zuckerfabriken und Raffinerien Deutschlands und des Auslandes. In diesem Verzeichnis sind, wenn auch anscheinend nicht mit Vollständigkeit, Direktoren und Chemiker mit Namen aufgeführt. Die sich ergebenden Resultate sind auch in anderer Hinsicht interessant, weshalb wir sie zum Schluß wiedergeben wollen.

In den 356 Zuckerfabriken Deutschlands zählen wir 284 Chemiker, ungerechnet die als Chemiker aufgeführten Damen, die ihrer ganzen Vorbildung nach zweifelsohne richtiger zu den Chemikanten oder Laboranten gerechnet werden müssen. Über die Vorbildung der 284 Chemiker finden sich leider keine Angaben. Es ist aber wahrscheinlich, daß gerade in dieser Industrie sich viele Chemiker mit nichtabschlossener Hochschulbildung befinden. Das ist in der Eigenart dieser Industrie begründet, die während der Kampagnezeit einen großen Bedarf an jungen Analytikern hat. Vielen von den jungen Leuten, die aus diesem Grunde zunächst alljährlich während des Wintersemesters ihre Studien unterbrechen, verzichten schließlich, weil sich ihnen nach Absolvierung einiger Kampagnen in der Zuckerindustrie eine festbesoldete Stellung bietet, auf Vollendung ihrer Studien. So kommt es, daß sich unter den 284 festangestellten Chemikern nur 27 promoviert befinden. Daß aber die Zuckerindustrie an und für sich durchaus den Wert einer umfassenden akademischen Ausbildung zu schätzen weiß, zeigt der Umstand, daß bei den technischen Direktoren der Zuckerfabriken der Prozentsatz der Promovierten ein wesentlich höherer ist. Von 356 technischen Direktoren hatten nämlich immerhin 73 den Dr. phil. Das scheint, nebenbei gesagt, also eine deutliche Mahnung an unsere jungen studierenden Fachgenossen zu sein, nicht leichtfertig wegen momentaner Vorteile die Beendigung ihres Studiums zu unterlassen.

Für unsere Chemikerstatistik entnehmen wir dieser Zusammenstellung, daß in diesem einen Industriezweige, der zu der Gewerbegruppe der Nahrungs- und Genußmittel (Tabelle C) gehört, insgesamt — die technischen Direktoren eingerechnet — 640 Chemiker ständig beschäftigt sind. Für den weiteren Ausbau unserer Statistik wollen wir in den nächsten Jahren versuchen, auch andere Interessenverbände zur Mitarbeit heranzuziehen, um so schließlich ein immer vollständigeres Bild über die Bewegungen der in der Praxis tätigen Chemiker zu erhalten.

B. Chemiesstudierende.

Leider sind wir in diesem Jahre von so zahlreichen chemischen Instituten im Stich gelassen worden, daß der Zweck unserer Umfrage vereitelt wurde. Einige Laboratoriumsvorstände haben die Beantwortung der Fragebogen rundweg abgelehnt, eine weitere Anzahl hat auch auf drei- bis viermalige Mahnung überhaupt nicht reagiert, andere wieder haben an Stelle der ausgefüllten Fragebogen Hochschulprogramme geschickt, in denen wohl die Gesamtzahl der Studierenden, dagegen nichts über die unsere Statistik interessierenden Bewegungen innerhalb der Zahl der Chemiesstudierenden enthalten war. Schließlich sind auch noch eine Anzahl der zurückgesandten Fragebogen ungenügend aus-

gefüllt. (Ein Laboratorium weiß nicht einmal anzuzeigen, wie viele Praktikanten im Laufe des Jahres promoviert haben.) Aber auch abgesehen von den ungenügend ausgefüllten, fehlen uns von den 62 in Betracht kommenden Laboratorien 11, d. i. rund 18% der versandten Fragebogen. Angesichts dieser großen Lücken hat es natürlich keinen Zweck, auch nur den Versuch zu einer statistischen Bearbeitung des Materials zu machen. Wir müssen infolgedessen lebhaft bedauern, daß die Mühe, der sich immerhin die Mehrzahl der Laboratoriumsvorstände im Interesse der guten Sache bereitwilligst unterzogen hat, diesmal so völlig vergeblich gewesen ist. Unser Vorsitzender wird sich noch einmal persönlich an die betreffenden Laboratoriumsvorstände wenden, und sie unter Hinweis auf die Wichtigkeit einer solchen Statistik, die allein es ermöglicht, Angebot und Nachfrage festzustellen, bitten, unseren Wünschen zu entsprechen.

Prof. Dr. Rassow: „M. H.! Wir sind in der angenehmen Lage gewesen, auch im laufenden Jahre eine Statistik über dieselben rund 370 Firmen und die bei ihnen beschäftigten Chemiker aufzumachen zu können, wie im Jahre vorher. Wir sind diesen Firmen zu Dank verpflichtet, daß sie uns diese Statistik ermöglicht haben. Natürlich umfaßt diese Statistik durchaus noch nicht alle angestellten deutschen Chemiker; inmerhin sind die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie darin vertreten, und Sie wollen die Einzelheiten, die Herr Dr. Scharrf in diesem Jahre zum erstenmal genau weiter statistisch verwertet hat, soweit unsere Statistik das gestattet, noch im einzelnen nachsehen. Es ist charakteristisch, daß die großen Firmen, die 20 Chemiker und mehr beschäftigen, eine verhältnismäßig größere Zunahme haben als die kleineren.“

Es wäre ja nun sehr wünschenswert, wenn sich die Statistik der Chemiker nicht auf die Firmen der eigentlichen chemischen Industrie beschränkt hätte, sondern wenn man an die Gesamtzahl der Chemiker herankommen könnte, um daraus zu erschließen, wie weit der Bedarf und die Anstellungsmöglichkeit der Chemiker zu- oder abgenommen hat. Wir haben auf unseren Statistikbogen auch einige andere Firmen, die Chemiker beschäftigen; Sie sehen aber in Tabelle C, daß das nicht viele sind. Da hat sich Herr Dr. Scharrf der Mühe unterzogen und hat sich von einem Gewerbe, der Zuckerindustrie, die Zahlen in anderer Weise beschafft. Die Zuckerindustrie gibt alljährlich ein Jahrbuch heraus, in dem die Angestellten, wenn auch nicht vollständig, so doch zum größten Teil nachgewiesen sind. Daraus erscheinen Sie, daß in dieser Industrie, die doch wesentlich eine chemische ist, eine große Anzahl Techniker beschäftigt sind, die nicht promoviert sind. Herr Dr. Scharrf hat den richtigen Grund herausgehoben: das ist die verhältnismäßig leichte Möglichkeit, nach einigen chemischen Semestern eine Kampagne in der Zuckerfabrik mitzumachen. Die Herren haben da die Möglichkeit, sich, wenn auch kümmerlich, als Polarisationschemiker zu ernähren und bleiben in der Industrie hängen, wobei sie in vielen Fällen auf ein wirklich gutes weiteres Fortkommen verzichten. Denn das ist auch wiederum sehr charakteristisch, daß unter den 356 technischen Direktoren

der Zuckerfabriken 73 promovierte Chemiker sind; also unter den Direktoren ist die Zahl der Promovierten ungleich größer als unter den angestellten Chemikern. Das sollte eine ernste Mahnung für unsere jüngeren Kollegen sein, nicht frühzeitig aus dem Studium herauszulaufen, sondern es erst zu vollenden und dann in die Technik zu gehen. Sie können dann viel leichter in leitende Stellen kommen.

Wir wollen versuchen, ob wir diese Statistik auch auf andere Berufszweige ausdehnen können, die eine größere Zahl von Chemikern beschäftigen; ich denke an die Eisenindustrie, Metallindustrie, das Gärungsgewerbe, ich fürchte, es wird schwierig sein. Immerhin wäre es wünschenswert, wenn wir im Laufe der Jahre zu einer vollkommenen Statistik der in Deutschland angestellten Chemiker gelangen könnten. —

Einen Fehlschlag haben wir gehabt mit unserer Statistik der Chemie-Studierenden. Wir haben wiederholt an die Vorstände der deutschen Hochschullaboratorien geschrieben, haben zwar von der Majorität eine sehr freundliche Antwort bekommen, aber die Minorität, die uns nicht antwortete, ist so groß, daß wir in diesem Jahre auf ein Zusammenstellen der Zahlen verzichten mußten; sie wären absolut unbrauchbar gewesen. Das ist sehr bedauerlich, und es wäre wünschenswert, wenn in Zukunft diese Zurückhaltung der Leiter der akademischen Institute wieder aufgegeben würde. Es ist ja zuzugeben, daß unsere Statistikbogen vielleicht etwas zu kompliziert waren. Ich bin beauftragt worden, zusammen mit Herrn Geheimrat H e m p e l an eine Vereinfachung dieser Bogen heranzugehen, natürlich in der Weise, daß möglichst die schon von 3 Jahren vorliegenden Zahlen gerettet werden können; nur die Zahl der Fragen, die beantwortet werden soll, wird vermindert. Es ist wünschenswert, daß wir wissen: Nimmt das Studium der Chemie in Deutschland zu, oder nimmt es ab? Denn nur auf die Weise haben wir die Möglichkeit, der Aufforderung, die schon so oft an uns herangetreten ist, wir sollten vor dem Studium der Chemie warnen, entgegenzutreten. Nur eine möglichst vollständige und sorgfältige Statistik kann darüber Aufschluß geben. Es kann sein, daß das Ausbleiben der Antwort von mancher Seite darauf zurückzuführen ist, daß die Herren irgendwelche Indiskretionen fürchten. Vielleicht hat bei einigen dieser Institute die Zahl der Studierenden stark abgenommen. Eine Indiskretion ist aber gänzlich ausgeschlossen. Die Zahlen liegen bei uns unter Verschluß, nur die beiden Herren, die die Sachen bearbeiten, sehen die einzelnen Bogen, nachher werden sie weggeschlossen, und was veröffentlicht wird, sind nur die Gesamtsummen. Wir wollen ja nur wissen: Nimmt die Zahl der Studierenden zu, nimmt die Zahl der Herren, die mit Abschluß des Examens in die Praxis gehen, zu oder ab?"

V o r s.: „Ich hätte am letzten erwartet, daß uns die Akademiker in dieser Frage im Stich lassen, die doch ein großes Interesse an dieser Frage haben; die Technik hat das Interesse lange nicht in diesem Maße. Wir wollen doch nur feststellen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage; wir wollen wissen: Ist ein großes Angebot da, und

sind die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen richtig, die immer von gewisser Seite lanciert werden, um von dem Studium der Chemie abzuraten? An der Richtigstellung derartiger Nachrichten haben die Akademiker das größte Interesse. Wenn die Technik sagen würde: Uns paßt das nicht, so würde ich das eher begriffen haben als von den Akademikern. Ich glaube auch, daß es doch wohl nur einer wiederholten Aufforderung bedarf, um die fehlenden Zahlen zu erhalten. Sollte das nicht der Fall sein, so bliebe nichts übrig, als die Statistik unvollkommen zu veröffentlichen und die Institute zu nennen, die sich weigern, uns die Zahlen zu geben.“

e) Vermittlungsstelle für Vorträge.

Prof. Dr. R a s s o w : „Den kurzen Bericht, den wir erstatten können, finden Sie gleichfalls im Jahresbericht abgedruckt. Er lautet:

„Die Liste der bei der Vermittlungsstelle angemeldeten Vorträge ist wiederum an die Abteilungen des Vereins versandt worden. Mitteilungen darüber, daß auf Grund der Liste Vortragende gewonnen worden sind, sind uns nicht zugegangen. Wir haben vielmehr den Eindruck gewonnen, als wenn eine regere Benutzung der Liste im Interesse der Sache sehr erwünscht wäre. Wir wiederholen auch die Bitte an die Mitglieder unseres Vereins, uns die Adressen von Vereinen, die regelmäßig Vortragsreihen veranstalten, mitzuteilen, damit wir ihnen unsere Listen senden können.“

Wir haben die Liste zweimal im Jahre versandt. Wie die Einrichtung gewirkt hat, konnten wir nicht feststellen. Ab und zu finden wir eine Notiz, aus der hervorgeht, daß unsere Vortragssliste benutzt wurde. Wünschenswert wäre es allerdings, wenn die Bezirksvereine die Vortragssliste, von der auf Wunsch mehrere Exemplare zur Verfügung stehen, an andere Vereine abgeben wollten, die sich mit wissenschaftlichen Vorträgen befassen. Ich weiß z. B., daß in Stettin die Liste von dem Bezirksverein an den polytechnischen Verein gegeben worden ist, und daß mehrfach Herren, die auf der Vortragssliste gestanden haben, nachher zu Vorträgen aufgefordert worden sind. Das halte ich für einen ganz besonders nützlichen Erfolg unserer Vermittlung.“

V o r s.: „Es wird sich empfehlen, daß wir nicht nur diese Listen an die Bezirksvereine schicken, sondern daß ein Verzeichnis von Vereinigungen aufgestellt wird, an die wir sie ebenfalls versenden. Auf diese Weise können solche Vereine unsere Mitglieder zu Vorträgen auffordern, und die Kenntnis chemischer Dinge wird dadurch in weitere Kreise dringen.“

f) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen.

V o r s.: „Herr Kommerzienrat Dr. Goldschmidt hat mir telegraphiert, daß er verhindert ist, daß aber Herr Dr. Reichard ihn vertreten wird. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.“

Dr. Reichard: „Da Herr Dr. Goldschmidt bereits zum neuntenmal seinen Bericht über dieses Thema erstattet hat, so gibt er die Anregung, ob es nicht zweckmäßig wäre, einen

anderen Referenten für das Thema zu gewinnen, der vielleicht die Sache von einem anderen Standpunkt aus betrachten und neue Anregungen geben kann.

Dr. Goldschmidt ist der Ansicht, daß der Titel unserer Besprechung nicht richtig gewählt worden ist. Er sagt: Es sollte nicht heißen, „Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen“, denn es ist von uns hier stets betont worden — von mir bereits in meinem ersten Referat und nachher immer wieder —, daß es nicht nur eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes ist, an seinen Hochschulen Ausländer aufzunehmen und sie in unsere deutsche Wissenschaft einzuführen, sondern daß es auch wertvoll ist für die Erziehung unserer Jugend, mit gebildeten jungen Leuten anderer Völker andere Auffassungen und Ideen austauschen zu können, und daß es für das Ansehen und die Machtstellung des deutschen Reiches von großer Bedeutung ist, daß eine Anzahl Ausländer Liebe und Hochachtung vor dem deutschen Volke während ihrer Studienzeit auf deutschen Hochschulen in sich aufnehmen und so in ihrem Heimatlande Verständnis für deutsche Art und deutsches Wesen verbreiten helfen.

Wer, wie ich, so schreibt Herr Dr. Goldschmidt weiter, es miterlebt hat, mit welch ungeheurem Jubel ein deutscher Austausch-Professor von einer amerikanischen Versammlung begrüßt wird, und wer die Begeisterung mitgehört hat, mit der Amerikaner, die auf deutschen Hochschulen studiert haben, die Wacht am Rhein singen, der wird sich des außerordentlichen Wertes bewußt sein, den das Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen für unser deutsches Reich hat.

Gegenüber diesem außerordentlichen Wert des Studiums der Ausländer an deutschen Universitäten muß die Frage ganz in den Hintergrund treten, daß die auf unseren technischen Hochschulen vorgebildeten Ausländer möglicherweise uns einmal hinter Schutzzollmauern wohl versteckt Konkurrenz machen, bzw. uns den Absatz deutscher Produkte ins Ausland erschweren oder unmöglich machen. Es ist das freilich ein Nachteil, aber ein Nachteil, den man mit in den Kauf nehmen muß, wie ja auch ihrerseits Ausländer sich nicht davor schützen können, daß wir Deutschen zu ihnen kommen und bei ihnen eine Unmenge nützlicher Dinge lernen. Wie viele unserer Kaufleute, unserer Ingenieure, unserer Chemiker haben in England und Amerika wertvolle Dinge gelernt, die sie nachher bei uns verwerten. Wie groß ist die Schar der deutschen Künstler, die in Paris oder in Rom ihre Studien treiben, wie ungeheuer die Schar der deutschen Modistinnen, die in Pariser Ateliers die neuesten Moden abgucken und sie nachher hier in Deutschland verwerten. Einen derartigen Austausch der Gedanken und der Kunstfertigkeiten müssen wir eben gestatten. Es handelt sich da um ein gegenseitiges Nehmen und Geben. Etwas anderes ist es mit den ausgesprochenen Fachschulen, wie wir solche für Spezialindustrien vielfach in unserem Vaterlande haben. Diese müssen unter Umständen eine volle Berechtigung haben, Ausländer auszuschließen. Es kommt das hier für uns, die wir den Besuch der Hochschulen besprechen, nicht in Frage.

Für uns hier gänzlich ohne Bedeutung ist nach meiner Auffassung die Frage des erhöhten Vor-

lesungshonorars. Es ist das eine reine Finanzfrage, die nach meiner Auffassung eine Berechtigung hat, solange wir aus allgemeinen Steuermitteln Zuschüsse für unsere Hochschulen zahlen. Als Mittel zur Zurückhaltung ungeeigneter Ausländer hat sie sich gänzlich zwecklos erwiesen, und da wir mit dieser reinen Finanzfrage, nämlich wie wir unser Geld für unsere Hochschulen aufbringen, hier uns nicht befassen wollen, so können wir die Frage des erhöhten Vorlesungsgeldes für die Ausländer als nebensächlich außer acht lassen, wenngleich ich hervorheben will, daß ich ihr sympathisch gegenüberstehe.

Ich sage daher, daß wir die Aufschrift für dieses Referat falsch gewählt haben. Es sollte nicht heißen: „Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen“, sondern es sollte heißen: „Die Frage des Studiums der massenhaft einströmenden, mangelhaft vorgebildeten Ausländer an unseren Universitäten“.

In unserer ersten Resolution, welche wir im Jahre 1904 in Mannheim gefaßt haben, heißt es, „daß Vorkehrungen getroffen werden gegen den Zuzug von solchen ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen, welche eine nicht genügende Bildung besitzen, und zwar durch die Forderung, daß die Ausländer eine Vorbildung nachweisen, welche einmal den Anforderungen gleichwertig ist, welche wir an die Zulassung als ordentliche Studierende stellen, und welche ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer technischen Hochschule oder an einer Universität als ordentliche Studierende berechtigt.“

Wenn ich jetzt noch hinzufüge, daß wir Widerspruch erheben müssen nicht nur gegen die mangelhaft vorgebildeten Ausländer, sondern wenn ich das noch dahin einschränke, gegen die massenhaft zuströmenden, so will ich damit sagen, daß selbstverständlich der einzelne Ausländer, der nicht auf der Höhe der Bildung unserer jungen Leute steht, unsere Hochschulen in keiner Weise schädigt oder beeinträchtigt. Ist er nicht genügend vorgebildet, kann er dem Vortrag der Professoren nicht genügend folgen, so ist das eben, um mich eines burschikosen Ausdrucks zu bedienen, sein Pech. Die Hochschule als solche wird durch einen einzelnen in keiner Weise gefährdet. Sie wird gefährdet erst dadurch, daß derartig mangelhaft vorgebildete Elemente in großer Zahl zuströmen.

Dies ist bei uns der Fall mit den Russen, und hier können wir nicht unhin, das Kind mit dem rechten Namen zu nonnen. Anfangs haben wir uns davor gescheut, um nicht den Argwohn zu erwecken, als hätten wir gegen die Russen als solche ein feindseliges Gefühl.

Wir können die Zustände in unserem großen Nachbarreiche, die alljährlich Tausende von jungen Leuten aus dem Lande herausdrängen, die dort ihren Wissenshunger nicht stillen können, nur von Herzen bedauern. Uns selbst müssen wir aber die Frage vorlegen, wie weit dürfen wir das Mitleid mit jenen jungen Leuten treiben, und wie weit dürfen wir sie als Gäste bei uns aufnehmen. Daß dies nur so weit geschehen darf, als darunter unsere eigenen Hochschulen nicht leiden, ist wohl selbstverständlich, und wir haben uns nur die Frage vorzulegen: Leiden wir jetzt darunter?

Diese Frage wird zweifellos von den meisten Hochschulen bejaht. Universitäten kommen dabei anscheinend außer Berlin nicht in Frage. Daß die Universität Berlin mit der Aufnahme von Russen vorsichtig ist, haben die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 24./5. ergeben gelegentlich der Beratungen über den Selbstmord des russischen Studenten Dubrowsky. Die Worte, die der Herr Kultusminister Exz. von Trott zu Solz bei der Gelegenheit im Abgeordnetenhouse gesprochen hat, geben die Anschauungen wieder, die wir hier oft gehört haben, und es sei mir darum gestattet, sie im Wortlaut vorzulesen, da ich bescheiden genug bin, zuzustehen, daß Se. Exzellenz der Herr Kultusminister diese Ideen besser in Worte zu fassen versteht, als ich:

„Selbstverständlich müssen sich die Ausländer denselben Bestimmungen unterwerfen, wie die Inländer, wenn sie studieren wollen, besonders ist selbstverständlich, daß die Ausländer dieselbe oder wenigstens eine gleichartige Vorbildung nachweisen, die wir von unseren Inländern fordern, wenn sie an den Universitäten zugelassen werden sollen. Wir können unmöglich in dieser Beziehung die Inländer strenger behandeln als die Ausländer. Aber dazu kommt noch die Frage, ob etwa die Zahl der Ausländer an der Universität so groß geworden ist, daß darunter die Inländer leiden, daß es diesen erheblich erschwert oder gar unmöglich gemacht wird, unsere Hörsäle und Institute, die doch in erster Linie für die Inländer bestimmt sind, nach ihren Bedürfnissen zu benutzen. Im allgemeinen wird dieser Gesichtspunkt bei uns nicht streng durchgeführt, wohl aber gegenüber den russischen Studenten, die bekanntlich in außerordentlich großer Zahl die deutschen Universitäten, besonders Berlin, aufsuchen. Die bayrische Regierung hat kürzlich, um diesen Mißstand abzuschaffen, einen Numerus clausus festgesetzt, über den hinaus die russischen Studenten nicht mehr immatrikuliert werden sollen. Wir sind bisher nicht so weit gegangen, wir haben uns damit begnügt, bei der Immatrikulation russischer Studenten etwas strenger zu verfahren, eine Auswahl zu treffen, um ihre Gesamtzahl herunter zu drücken. Ein solches Verfahren empfiehlt sich gerade bei den russischen Studenten auch aus anderen Gründen. Wohl befindet sich unter den russischen Studenten in Deutschland eine große Reihe von wohlgesinnten strebsamen jungen Leuten, die wir sehr gern als Gäste bei uns sehen, aber es ist auch bekannt, daß sich unter ihnen eine nicht geringe Zahl von Elementen befindet, die man nicht so günstig beurteilen kann, bei denen man auch bei noch so weitem Entgegenkommen sagen kann, daß sie nicht erwünschte Gäste an unseren Universitäten sein würden, bei denen wir vielmehr allen Anlaß haben, sie fern zu halten. Danach haben die Universitäten ihre Einrichtungen getroffen. Den äußeren Anlaß dazu gab ein Vorkommnis im Jahre 1901. Damals unterstanden sich russische, namentlich russisch-polnische immatrikulierte Studenten, in einem Hörsaal der Berliner Universität bei einer Vorlesung deutschfeindliche Demonstrationen zu machen. Da wurden die entsprechenden Maßnahmen getroffen, und die Universität hat sich ihrerseits unter Zustimmung des Ministeriums entschlossen, bei der

ihr im allgemeinen obliegenden Prüfung der Persönlichkeit der zu Immatrikulierenden bei den russischen Studenten etwas strenger zu verfahren. Es kam hinzu, daß damals zahlreiche Klagen von Wirtsleuten darüber kamen, daß sie an russische Studenten im Vertrauen auf die Immatrikulation Kredit gewährt und Zimmer vermietet hatten und dann um ihr Geld gekommen seien, weil die Studenten spurlos verschwanden. Es hat sich ergeben, daß eine große Zahl von gänzlich mittellosen Studenten hier anwesend war, und so hat die Universität ganz von selbst, um die notwendigen Erkundigungen einzuziehen, seitdem so verfahren, daß sie in jedem Falle, wo es sich um die Immatrikulation eines russischen Studenten handelte, unter Übersendung der Ausweispapiere das Polizeipräsidium befragte, ob Bedenken aus der Persönlichkeit herzuleiten seien, um sich den Nachweis zu verschaffen, daß die nötigen Subsistenzmittel vorhanden seien. Dieses Verfahren ist seitdem zur Anwendung gekommen, und es ist dabei keineswegs in engherziger, kleinlicher Weise verfahren worden, wie schon daraus hervorgeht, daß im vorigen Winter an der hiesigen Universität 480 russische Studenten und in diesem Sommer 429 immatrikuliert wurden. Das ist ein Drittel von allen ausländischen Studenten. Wenn sich diese Zahlen noch weiter ausdehnen sollten, kann man sich fragen, ob nicht andere Abhilfe zu schaffen sei, um den Zudrang der russischen Studenten einzuschränken.“

Ich stimme auch darin mit dem Herrn Minister ganz überein, daß nicht nur die Frage der Vorbildung maßgebend ist, sondern daß auch die bestvorbildeten Russen, immer vorausgesetzt ihr massenhafter Zudrang, für uns sehr bedenklich sind, wenn ihnen die Subsistenzmittel fehlen, oder wenn ihre ganze politische oder soziale Auffassung, der ganze Radikalismus ihrer Ideen derartig den Auffassungen unserer jungen Leute widerspricht, daß wir sie als eine für diese ungeeignete Gesellschaft betrachten müssen. Diese Auffassung von der Notwendigkeit, sich ganz besonders gegen die massenhaft zuströmenden Russen zu schützen, hat allmählich auch auf fast allen Hochschulen zu mehr oder weniger streng durchgeführten Maßregeln geführt, besonders gilt das für unsere deutschen technischen Hochschulen. In München ist die Zahl der Russen zwar noch groß, aber das Augenmerk der Verwaltung liegt fortgesetzt auf diesem Punkt. Aus der Rede des Herrn Ministers haben Sie bereits gehört, daß die frühere Vorschrift, daß Russen nur aufgenommen werden, soweit solche exmatrikuliert worden sind, jetzt ersetzt werden soll durch eine Vorschrift, nach der die Höchstzahl der Fremden festgelegt wird: für Bulgaren 80, für Rumänen 32, Griechen 26, Serben 22, Türken 10. Ähnliche Vorschriften hat Braunschweig schon seit einiger Zeit. Ich habe darüber in früheren Jahren berichtet. Schlimm sieht es noch immer in Darmstadt aus, wo von 1269 Studenten 421 Ausländer sind und davon wieder 309 Russen, und in Karlsruhe, wo von 1177 Studenten 472 Ausländer und 259 Russen sind.

Eine derartige Massendurchsetzung unserer Studenten mit fremden, teilweise ungeeigneten Elementen muß zweifellos, wie ich das oft ausgeführt

habe, den Charakter unserer Hochschulen als deutscher Erziehungsanstalten beeinträchtigen.

Wir haben in Deutschland an Universitäten und technischen Hochschulen zusammen etwa 7230 Ausländer unter im ganzen 66 050 Studicrenden, darunter etwa 2950 Russen. Wenn wir unsere Bemühungen fortsetzen, die Zahl der Russen dadurch zu verringern, daß wir die Elemente, die uns ungeeignet erscheinen, fern halten, so dürfen wir hoffen, die Zahl der Ausländer so weit zu verringern, daß die zweite Klage unserer Studenten, daß vielfach die besten Arbeitsplätze in unseren Hörsälen von Ausländern in Anspruch genommen werden, wesentlich zurück geht. Jedenfalls müssen wir hier unsere alte Forderung wiederholen: Die deutschen Hochschulen für die deutschen Studenten, und wir können uns nur freuen, daß auch Sc. Ex zellenz der Herr Minister diese Ansicht geäußert hat und hoffentlich die Wege finden wird, dies Ziel zu verwirklichen.“

Vors.: „Ich danke Herrn Dr. Reichard dafür, daß er das Referat hier zum Vortrag gebracht hat, und freue mich, daß das Thema immer noch auf der Tagesordnung steht. Wir ersehen aus dem Referat, wie notwendig es ist, diese Frage hier immer und immer wieder zu verhandeln. Ich würde aber nicht empfehlen, daß wir den Titel ändern.“

Prof. Jordis: „Vor ein paar Jahren ist mir gesagt worden, daß man in Leipzig die Voraussetzungen zur Promotion herabsetzen wolle, insofern als das Maturum nicht mehr gefordert werden solle. Ist das vielleicht inzwischen klargestellt?“

Vors.: „Ja. Es bezieht sich darauf, daß die Elementarlehrer, die in Leipzig als Pädagogen zugelassen worden sind, jetzt mit einer anderen Note, als es bisher der Fall war, zur Promotion zugelassen werden. Inzwischen hat im deutschen Ausschuß für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht eine sehr intime Rundfrage bei den Universitäten stattgefunden, wie das Ergebnis der Leistungen dieser promovierten Pädagogen war, und da hat sich herausgestellt, daß ganz mustergültige Leistungen von ihnen geboten worden sind, obgleich viel mehr von ihnen verlangt wird, als von denjenigen, die das Abiturientenexamen gemacht haben. Die Mehrzahl hat mit der Note Eins bestanden. Charakteristisch ist allerdings, daß die meisten sich den sogenannten Geisteswissenschaften zuwenden, und die realen Fächer weniger in Frage kommen. Chemie, Botanik, Zoologie, Mathematik ist wenig vertreten, dagegen sehr viel Pädagogik und Philosophie.“

11. Sozialer Ausschuß.

a) Bericht über seine Tätigkeit.

Dr. Quinkne: „Die Arbeiten des Sozialen Ausschusses haben sich mit dem dritten Jahre seines Bestehens in erfreulicher Weise bewährt, was sowohl der Einarbeitung der Mitglieder, wie der Arbeitsweise selbst zu danken ist. Die vorliegenden Fragen werden möglichst von zwei Referenten in eingehendem schriftlichen Gutachten zuerst geklärt und dann in einer Sitzung mündlich verhandelt. Auch die Einrichtung, jährlich zwei längere Sitzungen, die eine zu Beginn der Haupt-

versammlung, die andere um Weihnachten abzuhalten, hat sich bewährt; eine dritte kurze Sitzung am Schluß der Hauptversammlung dient zur Konstituierung und Arbeitsverteilung.

Der Ausschuß setzte sich im letzten Jahre zusammen aus den Herren: Th. Diehl, Vertreter F. Russig; K. Goldschmidt, Vertreter G. Schmidt; E. Haagn, Vertreter J. Pfleger; A. Jäger, Vertreter F. Heyer; A. Osterrieth; F. Quinke, Vertreter M. Ulrich; F. Raschig, Vertreter M. Busch.

Aus dem Arbeitsgebiet ist folgendes hervorzuheben:

1. Konkurrenzfragen. Die Bestrebungen des Ausschusses waren Ende des letzten Jahres auf eine Beschränkung des Karenzgebietes gerichtet. Durch das Rundschreiben des preußischen Handelsministers vom 16./6. 1910 wurde die Frage einer angemessenen Entschädigung der Karenz in den Vordergrund gerückt, und Prof. Osterrieth konnte nach eingehenden Referaten der Mitglieder dem Vorstand die grundsätzliche Zustimmung des Sozialen Ausschusses zu dem Regierungsvorschlag aussprechen; Bedenken wurden vorgebracht gegen die schematische Abstufung der Entschädigung für die 3 ersten Jahre, gegen den Unterschied zwischen Prinzipal- und Angestellten-Kündigung, gegen die Grenze von 8000 M Einkommen, gegen den Vorschlag eines Schweigegebotes.

Die Wirkung bzw. Ergänzung der § 133 GO. und §§ 17 und 18 des Wettbewerbsgesetzes, ebenso die Schwierigkeiten der Konventionalstrafen wurden weiter diskutiert.

2. Vertragsbestimmungen. Beziiglich der Kündigungsfristen gehen die Erörterungen weiter; für Krankheitsfälle, militärische Dienstleistungen scheint dem Ausschuß die Fortzahlung des Gehalts auch ohne gesetzliche Vorschrift schon jetzt erreichbar; ein Gleiches gilt für die prinzipielle Gewährung eines Ferienurlaubs. Das Dienstzeugnis, dessen Form das HGB. bestimmt, soll genügend lange vor Ablauf des Vertrags ausgestellt werden.

3. Versicherung der Privatangestellten. Die Entscheidung darüber, ob es trotz der vielen, für den Akademiker unvorteilhaften Bedingungen des neuen Gesetzentwurfes zu wünschen wäre, daß die Chemiker in den Versicherungszwang eingeschlossen werden, steht noch aus.

4. Standesfragen. Im letzten Jahre erhielten wir zum ersten Male eine größere Reihe von persönlichen Eingaben, bei denen der Ausschuß erfolgreich vermittelnd und prozeßverhindernd eingreifen konnte.

5. Größere Referate. Längere Gutachten wurden im Auftrage des Ausschusses erstattet:

- Konkurrenzklause von F. Raschig;
- zum Rundschreiben des Ministers für Handel und Gewerbe über Konkurrenzklause von A. Osterrieth;
- über Kündigungsfrist und über Dienstzeugnis von Th. Diehl;
- Erkrankung, Dienstleistung, Urlaub von K. Goldschmidt;

- e) Krankheit, militär. Dienstleistungen, Erholungsurlaub von A. Jäger;
- f) zum Gesetzentwurf der Privatangestelltenversicherung von Th. Diehl;
- g) Konventionalstrafe von E. Hagn;
- h) die staatliche Privatbeamtenversicherung von F. Quincke.

Der Entwicklung der Arbeiten des Ausschusses möge denn auch einiger Erfolg im Ausgleich der Interessen des gesamten Chemikerstandes sich anschließen.“

Vors.: „Der Wunsch, den der Herr Berichterstatter des Sozialen Ausschusses in so bescheidener Weise am Schlusse seines Berichtes ausspricht, ist bereits erfüllt. Wir können wohl sagen, daß der Ausschuß ganz ausgezeichnet gewirkt hat. Er hat nicht nur fleißig gearbeitet, sondern Verständigung gesucht, und nicht nur in seinem eigenen Kreise, sondern auch mit dem Vorstand. Sie haben heute wieder gesehen, daß wir infolgedessen in viel friedlicherer Weise, als es früher der Fall war, solche Fragen wie die Pensionsversicherung behandeln konnten. Ich hoffe, wie ich es schon einmal ausgesprochen habe, daß der Soziale Ausschuß weiter als der ausgezeichnete Blitzableiter wirken wird, an dem alle die Blitze, die unseren Verein treffen könnten, zur Erde abgleiten.“ (Heiterkeit.)

b) Neuwahl zum Sozialen Ausschuß. (Vgl. S. 1695.)

Vors.: „Aus der Tagesordnung ersehen Sie die Namen der Herren, die aus dem Ausschusse ausscheiden. Der Vorstandsrat empfiehlt Ihnen, um die Kontinuität, die in diesem Ausschusse ganz besonders notwendig ist, zu wahren, daß wir eine Wiederwahl dieser Herren vornehmen. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind. — Es erhebt sich kein Widerspruch, dann sind die Herren wiedergewählt. Ich frage, ob die Herren bereit sind, diese Wiederwahl anzunehmen.“

(Wird bejaht.)

12. Hilfskasse. (Vgl. S. 1696.)

Dr. R a s c h i g: „M. H.! Die Hilfskasse kann mit dem Ergebnis des Jahres 1910 zufrieden sein. Sie hat in dem Jahre ihr Stammkapital von rund 46 600 M auf 56 000 M erhöhen können. Das beruht einmal darauf, daß der Überschuß des Vorjahres etwas über 3000 M betrug, dann aber auf einem hochherzigen Legat von 5000 M, das uns von Hofrat H. Caro zugewendet wurde. Allerdings müssen wir von diesen 5000 M 10%, das sind 500 M, als Erbschaftssteuer an den Staat zurückgeben.“

Ein erfreuliches Zeichen war, daß nicht soviel Gesuche an uns herangetreten sind wie in früheren Jahren, 14 Gesuche gingen ein, von denen 10 abgelehnt werden mußten. Auf 4 Gesuche wurde ein Betrag von zusammen 700 M bewilligt.

Ein drittes günstiges Moment war, daß wir allmählich in die Jahre kommen, wo die Darlehen früherer Jahre uns zurückgezahlt werden. Natürlich bekommen wir nicht alles zurück, vieles wird ohne Rückzahlungsverpflichtung gegeben, und häufig kommen die Empfänger nicht in die Lage, etwas abzuzahlen, aber in manchen Fällen geschieht es doch, und so haben wir im Jahre 1909 1341 M,

1910 sogar 1620 M in die Hilfskasse zurückbezahlt bekommen.

Wenn das günstige Momente sind, so müssen wir andererseits im Auge behalten, daß die Hilfskasse keine großen Kapitalien besitzt und daher nicht imstande ist, den exorbitanten Ansprüchen, die oft an sie gestellt werden, nachzukommen. Unsere Haupteinnahme ist der Zinsertrag des Kapitals von jetzt 56 000 M, also eine Summe von etwa 1800 M. Daraus ergibt sich schon, daß es unmöglich ist, Anträgen nachzukommen, wie sie gelegentlich an uns gerichtet werden, z. B. auf Ablösung einer Hypothek in Höhe von 20 oder 30 000 M, oder auf leihweise Gewährung eines Kapitals, um ein neues Geschäft zu begründen, um die Restbestände eines Geschäfts der Apparateindustrie, das nicht ging, zu übernehmen, usw. Das können wir nicht. Was wir können, das sind Darlehen oder feste Beihilfen in der mäßigen Höhe von 200, 300, 400, allerhöchstens einmal 500 M. Aber mit derartigen Beihilfen haben wir doch schon eine ganze Reihe von Jahren hindurch viel Segen gestiftet, und die Mitglieder der Hilfskasse haben bei dieser Gelegenheit sehen können, daß auch unter dem Chemikerstand recht viel Elend vorkommt, und man oft mit dem geringen Betrag von 200 oder 300 M jemand vor dem Ruin bewahren kann. Ich möchte den Appell, den ich im vorigen Jahre von dieser Stelle aus an Sie gerichtet habe, erneuern, daß nämlich Herren, die in der Lage sind, durch letztwillige Verfügung das Stiftungskapital der Hilfskasse zu erhöhen, dies rechtzeitig tun mögen, ferner, daß die freiwilligen Beiträge von Mitgliedern etwas zahlreicher eingehen möchten. Die Beiträge der Bezirksvereine, die früher reichlicher flossen, haben in den letzten Jahren erheblich nachgelassen. Das liegt offenbar daran, daß die Bezirksvereine selber nicht mehr so kapitalkräftig sind wie früher. Die freiwilligen Beiträge von Mitgliedern beruhen zum größten Teil darauf, daß eine ganze Reihe von Mitgliedern des Vorstandes und des Vorstandsrats auf den Bezug von Reisegeldern und Tagegeldern verzichtet, die ihnen die Hauptkasse für den Besuch der Jahresversammlung gewährt. Es gibt eine ganze Anzahl von Mitgliedern, die sich sagen, daß sie doch die Jahresversammlung besuchen würden, auch wenn ihnen die Kosten nicht erstattet würden. Wer in der Lage ist, das zu tun, der möge dem Kassierer, Herrn Dir. Lüty, nur einen dahingehenden Wink geben, dann zahlt er ihm die Reisegelder nicht aus, sondern verwendet sie zugunsten der Hilfskasse. Ich habe schon im vorigen Jahre eine derartige Anregung gegeben mit dem Erfolg, daß die freiwilligen Beiträge nicht unerheblich gestiegen sind. Angesichts der Anforderungen, die an die Kasse gestellt werden, wäre es aber doch erwünscht, daß ihre Mittel noch mehr als seither durch solche Verzichtleistungen und andere freiwillige Beiträge verstärkt würden.“

Vors.: „Wünscht noch jemand das Wort? — Dann möchte ich Herrn Dr. R a s c h i g auch noch ein klein wenig unterstützen; ich dachte, er würde selbst darauf kommen. Sie wissen, unser Mutter-Verein feiert im nächsten Jahr seine silberne Hochzeit, und bei der Gelegenheit ist es doch üblich, daß die Kinder eine kleine Morgengabe darbringen. Es wäre Sache der Bezirksvereine — die

große Jubiläumspropaganda können wir dafür nicht in Anspruch nehmen — wenn sie für die Hilfskasse einmal etwas Besonderes tun wollten. Ich hoffe, Herr Dr. Raschig, daß ich damit in Ihrem Sinne gesprochen habe.“ (Heiterkeit.)

13. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes.

Am 2./1. 1910 ging der Vorsitz im Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes an die Freie Vereinigung Deutscher Nahrungsmittelchemiker über.

I. Die erste Sitzung des Ausschusses fand am 7./5. 1910 in Berlin statt mit folgender Tagesordnung:

1. Nochmalige Eingabe, betr. Forderung des Maturums für alle Studierenden der Chemie.
2. Nochmalige Eingabe, betr. Beurteilung von chemischen Fragen in der Verwaltung durch Nichtchemiker.
3. Chemikerinnen.
4. Versicherung gegen Vermögensschädenhaftpflicht.
5. Stellungnahme zum Gesetzentwurf, betr. die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten.
6. Verschiedenes.

Das Protokoll über diese Sitzung ging den Mitgliedern unter dem 1./6. 1910 zu. Ein Auszug daraus findet sich in unserer Vereinszeitschrift **23**, 1188—1189 (1910).

Die in dieser Sitzung beschlossenen Eingaben sind an das Reichsamt des Innern und das Preußische Kultusministerium am 13./9. 1910 gesandt worden. Unerledigt blieb von den Beschlüssen der ersten Ausschußsitzung der zweite Teil des Punktes IV des Protokolls, betr. Beurteilung von chemischen Fragen in der Verwaltung durch Nichtchemiker, soweit er sich auf die Konzession chemischer Fabriken bezieht, da hierfür bis dahin zu wenig Material zu einer Eingabe vorlag.

Zu Punkt II, betr. die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten, hat der Ausschuß sich vorbehalten, zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen, sobald der endgültige Gesetzentwurf vorliegt.

II. Am 17./8. 1910 starb Herr Dr. J. Treumann, Hannover, der als Vertreter des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands unserem Ausschuß seit seiner Gründung als eines der tätigsten Mitglieder angehört hatte und stets, nicht nur im Ausschuß, sondern auch außerhalb desselben, durch Wort und Schrift in hervorragender Weise für die Standesinteressen der Chemiker eingetreten war. An seiner Stelle wurde Herr Prof. Dr. E. Hintz, Wiesbaden, zum Vertreter des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands in den Ausschuß gewählt.

III. Eine zweite Sitzung des Ausschusses fand am 14./10. 1910 in Berlin statt.

Das Protokoll über diese Sitzung ist in unserer Z. **23**, 2382 (1910) veröffentlicht.

Die beschlossene Eingabe an den „Verband der Laboratoriumsvorstände an deutschen Hochschulen“, betr. Zulassung von immaturoren Chemikern zu dem sog. Verbandsexamen, ist unter dem 2./12.

1910 an den Vorsitzenden des genannten Verbandes, Herrn Geheimrat v. Baeyer, abgegangen. Mit Schreiben vom 3./12. 1910 hat dieser mitgeteilt, daß er den Antrag unseres Ausschusses der nächsten Generalversammlung vorlegen werde. Herr Geheimrat v. Baeyer schreibt dann weiter:

„Ich kann denselben aber nicht zustimmen, weil immer noch immature Kandidaten zum Doktorxamen zugelassen werden, bei uns z. B. Apotheker, wenn die Fakultät ihre Dissertation als eine hervorragende Leistung bezeichnet. An der Universität Rostock haben unter 25 Doktoren 11 immature Apotheker den Doktorgrad erworben.“

Solange dieser Zustand dauert, ist es kaum möglich, das Verbandsexamen vom Maturum abhängig zu machen.“

Im Anschluß an die Sitzung vom 14./10. 1910 begaben sich die Teilnehmer in das Preußische Kultusministerium und in das Reichsamt des Innern, um die Eingaben vom 13./9. 1910 durch mündlichen Vortrag zu erläutern und zu ergänzen. Im Preußischen Kultusministerium wurden sie durch die Herren Ministerialdirektor Förster und Geh. Obermedizinalrat Dr. Abel, im Reichsamt des Innern durch die Herren Geh. Reg.-Rat Isenbart und Regierungsassessor v. Zitzewitz empfangen und fanden dadurch an beiden Stellen Gelegenheit, die Wünsche des im Ausschuß vertretenen Chemikerstandes vorzutragen.

IV. Nach den Mitteilungen der Vorsitzenden der im Ausschuß vereinigten Verbände haben diese für das Jahr 1911 folgende Herren als ihre Vertreter bezeichnet:

1. Verein deutscher Chemiker.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. Duisberg, Elberfeld. Dir. Fr. Lüty, Mannheim-Wohlgelegen.

2. Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands.

Hofrat Dr. A. Förster, Plauen, Vogtland. Prof. Dr. E. Hintz, Wiesbaden.

3. Deutsche Chemische Gesellschaft.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. W. Marekwald, Berlin W. 50, Achenbachstr. 6. Prof. Dr. R. Pischorr, Grunewald-Berlin, Humboldtstr. 34.

4. Freie Vereinigung Deutscher Nahrungsmittelchemiker.

Prof. Dr. A. Beythien, Dresden-A., Am Schießhaus 19. Prof. Dr. A. Bömer, Münster i. W.

Nach § 2 der Satzung liegt die Geschäftsführung für das Jahr 1911 in den Händen des Vereins deutscher Chemiker. Den Vorsitz übernimmt der Vorsitzende dieses Vereins, Herr Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. Duisberg, Elberfeld.

Vors.: „In diesem Geschäftsbericht finden Sie Nachrichten über die Tätigkeit dieses Ausschusses. Im wesentlichen hat er in der Richtung des von uns angenommenen Dringlichkeitsantrags gewirkt. Wir haben nicht nur papierene Eingaben gemacht, sondern sind 6 Mann hoch in die Ministerien gezogen; dort sind wir gnädig empfangen und angehört worden, aber auch fortgegangen mit dem Gedanken: Einen Zweck hat dieser Besuch eigentlich nicht gehabt. Nun wollen wir noch einmal versuchen, unsere Meinung durchzu-

setzen, nicht in der offiziellen Weise, die bekanntlich nie großen Erfolg hat, sondern in anderer Weise. Hoffentlich hilfts. Um auch auf anderem Wege zum gleichen Ziel zu kommen, hatte ich beantragt, man solle versuchen, den Verband der Laboratoriumsvorstände an den deutschen Hochschulen für uns zu gewinnen. Das ist von dem vorjährigen Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Prof. Bömer in Münster, geschehen. Er hat an Seine Exzellenz Adolf von Baeyer einen solchen Brief geschrieben. Die Antwort erschen Sie aus dem gedruckten Bericht. Auch hier werden wir leider im Stich gelassen.

Immerhin können wir konstatiren, daß die Zahl der immatures Chemiker von Jahr zu Jahr abnimmt. In diesem Jahre hat der Verein deutscher Chemiker die Führung und Leitung in dem Ausschuß. Wir werden Gelegenheit nehmen, bei der für den 8. Juli in Aussicht genommenen Sitzung behufs Vorbereitung des Internationalen Kongresses eine Sitzung dieses Ausschusses abzuhalten, um die anderen Vereine, die uns angeschlossen sind, dahin zu bringen, daß sie sich dem Beschuß anschließen, den wir heute in der Frage der Privatbeamtenversicherung und der Nahrungsmittelchemiker gefaßt haben.“

14. Tätigkeit des deutschen Ausschusses für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht.

Prof. Dr. Rassow: „Im Berichtsjahre fanden 2 Sitzungen statt. Der Gesamtausschuß tagte zum vierten Male am 21. und 22./3. in Berlin. Die zweite Sitzung, die am 22./10. in Berlin stattfand, war eine solche des Unterausschusses der Lehrerprüfung; sie hatte wesentlich informatorischen Charakter, es nahmen aber auch zahlreiche andere Mitglieder des Ausschusses teil.

Die Arbeiten erstreckten sich auf alle Schulgattungen, auf Universitäten, höhere Schulen, Elementarschulen, Fortbildungsschulen. Die Ausbildung der Kandidaten für das höhere Lehramt auf der Universität bildete den Gegenstand verschiedener Beschlüsse des Ausschusses. So wird befürwortet das schon vielfach bestens bewährte Verfahren, daß in das physikalische Praktikum Studenten auch bereits im ersten Studiensemester aufgenommen werden, möglichst allgemein zu handhaben. Weiter sollen in der Prüfungsordnung, um Mißdeutungen vorzubeugen, Mineralogie und Geologie gleichwertig nebeneinander genannt und ebenso wie Botanik und Zoologie zu einem Prüfungsfach vereinigt werden. In der gleichen Richtung bewegt sich eine Resolution, dagehend, die Geologie in Verbindung mit der Mineralogie zu einem selbständigen Prüfungsfach in der Lehramtsprüfung in der Weise zu erheben, daß dieses Prüfungsfach gemeinsam mit der Chemie und den biologischen Fächern eine volle Lehrbefähigung ausmacht. Im Berichtsjahre erschien ein Aufsatz über Notwendigkeit der Ausbildung der Lehrer in Gesundheitspflege von Leubuscher, Meiningen.

Als bemerkenswerten Erfolg hat der Ausschuß eine „Entschließung“ der Königl. preußischen Staatsregierung zu verzeichnen, die eine wesentliche Förderung der praktischen Schülerübungen und der Vorbildung der Oberlehrer bedeutet.

Bedeutsame Fortschritte sind ferner für den biologischen Unterricht an den höheren Schulen Preußens erzielt worden. Ein Erlaß des Kultusministers vom 4./11. 1910 gibt zunächst Andeutungen, wie eine wahlfreie Einführung des biologischen Unterrichts bei den verschiedenen Schulgattungen zu ermöglichen wäre. Dann aber kommt er auf die obligatorische Einführung zu sprechen, die allerdings nur unter Wahrung des Grundsatzes, die Pflichtstundenzahl nicht zu vermehren, durchzuführen ist. Es wird dann näher ausgeführt, in welcher Weise bei den verschiedenen Schulgattungen eine Eingliederung des neuen Stoffes in die bisherigen Lehrpläne stattfinden kann. Der Erlaß wird zu Bemerkungen mannigfachen Anlaß geben und auch im deutschen Ausschuß noch näher erörtert werden.

Gegen eine Verfügung vom 4./2. 1910 betreffend Beschäftigung nicht akademisch gebildeter Lehrer in den unteren Klassen der höheren Schulen hat auch der Deutsche Ausschuß Stellung genommen. Er vertritt die Ansicht, daß der Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften an den höheren Schulen in allen seinen Teilen nur von wirklich Sachverständigen erteilt werden darf.

In noch stärkerem Maße als im Vorjahr hat der Deutsche Ausschuß im vergangenen Jahre die Elementarschulen in den Bereich seiner Tätigkeit gezogen. Bei der Neuordnung des Mittelschulwesens in Preußen vom 3./2. 1910 haben seine Bestrebungen in den Lehrplänen volle Berücksichtigung gefunden. Sehr eingehend hat sich der Unterausschuß für Lehrerbildung mit den Volksschullehrerseminarien beschäftigt. Gegenüber den Bestrebungen, in die Lehrerseminare noch eine weitere Fremdsprache einzuführen, „wenn möglich auch etwas Latein zu bringen“ und dadurch auch diese Anstalten im wesentlichen zu Sprachschulen zu gestalten, fühlte sich der Deutsche Ausschuß, indem er sich der Meinung der Unterausschusses anschloß, verpflichtet, „seiner Überzeugung Ausdruck zu geben, daß eine solche Entwicklung der Seminare auf den allgemeinen Bildungszustand unseres Volkes einen schädigenden Einfluß ausüben würde, insbesondere insofern, als es dann noch weniger als jetzt möglich sein würde, der Bedeutung der naturwissenschaftlich-mathematischen Fächer für die Kultur der Gegenwart gerecht zu werden und die Lehrer für die Fülle der realen Aufgaben, die an sie herantreten (z. B. Unterricht in Fortbildungsschulen), in hinreichendem Maße vorzubilden.“

Eine durchgreifende Neuerung steht für die preußischen Fortbildungsschulen in der nächsten Zeit bevor. Die städtischen Fortbildungsschulen, die übrigens unter dem Handelsministerium bleiben, sollen in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern obligatorisch werden; vorgesehen sind 6 Wochenstunden. Zur Ausbildung und Fortbildung der Lehrer ist eine Lehrerbildungsanstalt in Aussicht genommen. Auch in bezug auf die ländlichen Fortbildungsschulen stehen wir am Anfang einer hochbedeutsamen Entwicklung.

In einer Sitzung, die im Frühjahr dieses Jahres in Berlin stattgefunden hat, hat sich der Ausschuß mit jenem Erlaß noch weiter beschäftigt und eine Resolution dagehend gefaßt, daß er die ausgezeichneten Anregungen und Anordnungen des Ministeriums voll anerkennt, aber

noch einige besondere Wünsche hat wegen Besserstellung der Biologie in den Oberrealschulen, die ja eigentlich ihrem Namen nach in allererster Linie als naturwissenschaftlich-mathematische Schulen gedacht sind und doch im Laufe der Jahre so sehr nach der sprachlichen Seite hinübergeschoben wurden. Nicht nur französisch und englisch wird in ihnen getrieben, es geht das Bestreben der Oberrealschuldirektoren vielfach dahin, das fakultative Latein, das auf den Oberrealschulen getrieben wird, zum pflichtmäßigen Unterrichtsgegenstand zu machen. Das ist unseres Erachtens nur möglich, wenn wiederum die Naturwissenschaften und die Mathematik den kürzeren ziehen. Da hat der Ausschuß Vorschläge gemacht, die vorläufig noch nicht veröffentlicht worden sind, weil sie erst dem Ministerium persönlich überreicht werden sollten, ich kann also in dieser Beziehung Einzelheiten noch nicht angeben.

Weiterhin ist die Frage der naturwissenschaftlichen und mathematischen Ausbildung unserer Volksschüler sehr eifrig in Angriff genommen worden. Natürlich hat der Ausschuß, in dem fast durchweg Hochschulprofessoren und Schulmänner von höheren Schulen sitzen, sich davon ferngehalten, auf die Einzelheiten des Volksschulunterrichtes einzugehen. Wohl aber konnte der Ausschuß, gestützt auf die ausgezeichneten Referate, die von Leitern von Volksschulen erstattet wurden, für die Lehrerseminare Wünsche aussprechen, die hoffentlich Beachtung finden werden; denn hier ist es erst recht notwendig, daß die Lehrer mehr mit naturwissenschaftlichem Denken und Fühlen durchdrungen werden, ehe wir hoffen können, daß auch in unseren Volksschulen ein naturwissenschaftlicher Geist eindringt. Es ist charakteristisch, daß in den Lehrplänen der Lehrerseminare in den höheren Klassen Mathematik, Naturwissenschaft und Biologie überhaupt vollständig fehlen. Nur in den unteren Klassen werden diese Dinge getrieben, und zum größten Teil besteht da der Unterricht in dem Auswendiglernen von Leitfäden, nicht in dem, was wir als das einzige Richtigste anerkennen, in der Ausbildung des naturwissenschaftlichen Denkens und Sehens. Der Ausschuß wird immer wieder versuchen, dafür zu sorgen, daß die Lehrerausbildung verbessert werde.

Es ist weiterhin in Aussicht genommen, daß die gesamten Fragen des naturwissenschaftlichen Unterrichts in internationaler Weise bearbeitet werden. Aus dem, wie die Naturwissenschaften in anderen Ländern mit höherer Bildung getrieben werden, können wir natürlich ungemein viel lernen.

Es existiert ein internationaler mathematischer Ausschuß, der die Frage des mathematischen Unterrichts in den verschiedenen Ländern bearbeitet hat, und es ist angeregt worden und wird voraussichtlich angenommen werden, daß ein ähnlicher naturwissenschaftlicher Ausschuß begründet wird, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, um so eine erneute Möglichkeit zur Verbesserung des Unterrichts bei uns in Deutschland geben zu können. Auch für die preußischen Fortbildungsschulen sind neue Verordnungen im Gange, und auch zu dieser Frage hat der Ausschuß sein Wort erhoben und an maßgebender Stelle, wenn auch nicht zur Geltung, aber wenigstens zur Anhörung gebracht."

V o r s.: „Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall.

Ich möchte hier etwas streifen, was nicht eigentlich zu dem Gegenstand der Tagesordnung gehört, aber hierher paßt. Heute morgen bei der Fest-sitzung habe ich Gelegenheit genommen, auf die Stühle das bekannte Flugblatt: „Für staatsbürgerliche Erziehung“ legen zu lassen. Bekanntlich haben auch wir uns dieser Bewegung angeschlossen und die Eingabe im Sinne einer besseren staatsbürgerlichen Erziehung in der Jugend mit unterzeichnet. Das Resultat der ganzen Bewegung ist ein recht günstiges gewesen. Bis jetzt haben unterschrieben eine große Anzahl von Vereinen, Magistrate, Reichstagsabgeordnete aller Parteien und etwa 24 000 Private. Es wird gewünscht, daß immer noch mehr Unterschriften kommen, weil geplant ist, nach einiger Zeit einen entscheidenden Schritt zu tun, um eine Enquête der maßgebenden Sachverständigen auf diesem Gebiet zu veranstalten. Von den Geschichtslehrern wird behauptet, schon jetzt würde an den höheren Schulen und selbst an den Volkschulen beim Geschichtsunterricht die staatsbürgerliche Erziehung in der Weise gefördert, daß man die ganze Entwicklung der Staatsverwaltung und die soziale Gesetzgebung streife und in diesem Sinne staatsbürgerlich erzieherisch wirke. Das trifft aber nur für wenige Schulen zu, vor allem für die Kadettenanstalt in Licherfelde. Sie haben wahrscheinlich den Aufsatz des Direktors dieser Anstalt in der Internationalen Wochenschrift gelesen. Auf allen anderen Schulen sollte aber in gleicher Weise gelehrt werden. Wollen wir die Sozialdemokratie bekämpfen, wie wir es so dringend nötig haben, so kann das nur durch die bessere Aufklärung unserer Jugend geschehen, die bekanntlich von der Sozialdemokratie eingefangen wird. Die Geschäftsstelle nimmt Unterschriften für unseren Aufruf entgegen; ich bitte diejenigen Herren, die bereit sind, mit zu unterschreiben, sich bei der Geschäftsstelle zu melden.“

15. Tätigkeit des Vereins chemische Reichsanstalt.

Nach der ursprünglichen Absicht sollte der „Verein Chemische Reichsanstalt“ ein Institut schaffen, das nicht nur selbständige chemisch-technische Forschungen, sondern auch Untersuchungen im Auftrage der Industrie auszuführen hat. Bei der Weiterverfolgung der Pläne trat aber immer mehr eine Auffassung zu Tage, die schließlich als Grundsatz aufgestellt wurde, daß es sich ausschließlich um eine wissenschaftliche Forschungsanstalt handeln solle.

Dieser Gedanke hat die Möglichkeit gegeben, mit der neu begründeten Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Verbindung zu treten, die bekanntlich gelegentlich der Hundertjahrfeier der Universität Berlin auf Grund von Stiftungen errichtet wurde. Die Gesellschaft, deren Protektor Se. Majestät der Kaiser, und deren Präsident der Generaldirektor der Kgl. Bibliothek, Prof. Dr. Harnack, Exzellenz, ist, verfügt über ein Kapital von etwa 12 Millionen Mark. Sie hat sich als nächste Aufgabe gestellt, zwei chemische Forschungsinstitute ins Leben zu rufen, die auf dem Gelände der in der Aufteilung begriffenen Domäne Dahlem bei Berlin errichtet werden sollen. Die eine

Anstalt, und zwar diejenige für physikalisch-chemische Forschungen wird auf Grund einer besonderen Stiftung errichtet werden. Sie ist in ihrer Verwaltung selbständig und steht in örtlich nahem, aber sachlichlosem Zusammenhang mit der zweiten Anstalt für rein chemische Forschungen. Diese letztere soll ins Leben gerufen werden durch eine gemeinsame Aktion des Vereins Chemische Reichsanstalt, der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und des Preußischen Fiskus. Die Baupläne sind durch Herrn Geheimrat Prof. Dr. E. Beckmann, Leipzig, vorbereitet. Ihre architektonische Ausgestaltung erfolgte durch Herrn Geheimen Oberbaurat von Ihne. Die Pläne haben bereits die Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers gefunden. Da nur noch prinzipiell unwichtige, formelle Vereinbarungen der Erledigung harren, darf man mit Bestimmtheit annehmen, daß noch im Laufe dieses Sommers mit dem Bau der Anstalt wird begonnen werden können.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Delbrück: „Ich habe zu dem, was hier ausgeführt ist, eigentlich nichts hinzuzufügen, ich möchte nur daran erinnern, daß zwei Anstalten eingerichtet werden, eine für die allgemeine Chemie — von der habe ich heute morgen gesprochen — und eine für die physikalische Chemie, auf Grund einer besonderen Stiftung, der Koppel-Stiftung. Beide werden auf demselben Terrain errichtet werden, so daß eine gewisse Gemeinschaft besteht, diese ist aber darauf beschränkt, daß die Verwaltungsräte je einen Vertreter in den Verwaltungsrat ohne Wahlberechtigung entsenden. Wir dürfen erwarten, binnen Jahresfrist etwas Fertiges vor uns zu sehen.“

Prof. Jordis: „Mir ist von einem Herrn, der der neuen Anstalt sehr nahe steht, mitgeteilt worden, in diese beiden Anstalten sollten nur solche Herren zum Arbeiten aufgenommen werden, welche die Mittel zur Arbeit bereits mitbringen. Wenn das richtig ist, so würden damit die deutschen Chemiker so gut wie ausgeschlossen sein, denn es würden nur Stipendiaten von Regierungen, Instituten, Gesellschaften usw. in Betracht kommen. Außerdem ist für den, der die Mittel so wie so schon hätte, die Anstalt offenbar unnötig. Die Mitteilung stammt von einem Herrn, der dem Institut sehr nahe steht, und ist mir so erstaunlich gewesen, daß ich um Aufklärung bitten möchte.“

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Delbrück: „In den Satzungen ist darüber etwas Bestimmtes nicht zum Ausdruck gebracht. In dieser positiven Weise ist die Angabe, die Ihnen geworden ist, jedenfalls unrichtig, das wird wahrscheinlich in jedem einzelnen Fall entschieden werden. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß ältere verdiente Chemiker, die z. B. ihre Lehrstelle aufgeben und nun keinen Platz haben, bei dem neuen Institut mit 1 bis 2 Assistenten arbeiten können und ihnen dort ein Heim geboten wird. Das ist z. B. ausgesprochen worden, aber ich glaube, es werden solche Dinge in jedem einzelnen Fall entschieden.“

Vors.: „Das kann gar nicht zutreffen. Der auf 120 000 M festgestellte Etat ist ja nicht groß, aber es hätte gar keinen Zweck, wenn die Mittel nicht gegeben würden. Der Verwaltungsausschuß, der demnächst ernannt werden wird, hat

dazu noch keine Stellung nehmen können; ich bin aber überzeugt, daß es nicht in dem Sinne geschehen wird, wie Ihnen mitgeteilt worden ist.“

16. Verschiedenes.

Vors.: „Ich habe hier einige Punkte zu besprechen.“

Es ist wiederholt bei uns angeregt worden, wir möchten in ähnlicher Sinne eine Resolution fassen, wie sie der Verein deutscher Diplomingenieure gefaßt hat, daß wie dort die Diplomingenieure so bei uns die Chemiker zur höheren Verwaltung zugelassen werden. Wir haben die Frage im Vorstande wiederholt erwogen, können aber, glaube ich, nicht in derselben Weise verfahren, wie die Diplomingenieure es getan haben. Die Diplomingenieure haben ein staatlich anerkanntes Examen abgelegt; die Chemiker, welche Diplomingenieure sind, in gleicher Weise. Die sind also dadurch gedeckt und werden in diesem Sinne gefördert; aber die auf den Universitäten promovierten Chemiker können nicht ohne weiteres in Frage kommen. Selbstverständlich kann man nicht jeden Chemiker, der meinetwegen in Chemie und Physik und Mineralogie sein Examen gemacht, aber sich niemals um Nationalökonomie oder sonstige Dinge gekümmert hat, für diesen Zweck empfehlen. Deshalb sind wir der Meinung, daß es ausreichend ist, wenn wir die Bestrebungen der Diplomingenieure unterstützen.“

Wünscht jemand hierzu das Wort? Es ist nicht der Fall. Dann möchte ich weiter mitteilen, daß der Antrag des Berliner Vereins wegen der Gebührenfrage an die analytische Fachgruppe gegeben worden ist, und daß der Vorsitzende dieser Abteilung, Herr Prof. Fresenius, Gelegenheit nehmen wollte, das hier zu behandeln.“

Prof. Fresenius: „Ich kann mitteilen, daß die Fachgruppe für analytische Chemie eine Unterkommission zur Beratung dieser Frage ernannt hat, diese ist mit ihren Arbeiten so weit gediehen, daß sie jetzt der Fachgruppe Bericht erstatten kann. Da wir uns nach der Weisung, die uns im vorigen Jahre erteilt worden ist, mit der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz benehmen sollten, so ist in Aussicht genommen worden, daß in der Nachmittagssitzung der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz am Anfange der Sitzung zunächst diese gemeinsame Besprechung stattfinden soll. Ich gestatte mir, das bei dieser Gelegenheit bekannt zu geben, ich wollte es sonst jedenfalls noch in der Fachgruppe für analytische Chemie morgen Vormittag mitteilen.“

Wir sind der Meinung, daß die Verhältnisse insoweit geklärt sind oder sich klären lassen, daß wir empfehlen können, eine Eingabe zu machen, am besten wohl durch den Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes. Diese Eingabe würde sich dahin zu richten haben, daß man bei der in Vorbereitung begriffenen Gebührenordnung für die Sachverständigen und Zeugen, die schon bis zu einem gewissen Grade ausgearbeitet vorliegt und nur aus Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs noch nicht eingereicht ist, diese Wünsche zur Geltung bringt.“

Noch viel dringender würde sein eine Eingabe, die dahin geht, das allerdings erst vor 2 Jahren erlassene preußische Gesetz über die Gebühren der

Medizinalbeamten in bezug auf die Chemiker irgendwie abzuändern. Mir ist sehr wohl bekannt, daß das zunächst schwierig sein wird, bei diesem Gesetz sind aber in erster Linie nur die Verhältnisse der Medizinalbeamten ins Auge gefaßt worden, und die Verhältnisse der Chemiker, wie sie tatsächlich sind, so wenig gewürdigt worden, daß ganz unhaltbare Zustände geschaffen worden sind. Wir haben deshalb die Pflicht, diese Dinge der königlichen Regierung wenigstens mitzuteilen und immer wieder zu versuchen, eine Änderung herbeizuführen. Eventuell werden sich sonst jedenfalls bei Änderung der Reichsgebührenordnung diese Schwierigkeiten aus dem Wege räumen lassen. In der Hinsicht ist schon ein bestimmter Antrag ins Auge gefaßt.“

V o r s.: „Wünscht noch jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Herrn Prof. Fresenius und bitte ihn, wenn diese Beschlüsse gefaßt sind, sie mir mitzuteilen, damit sie am 8. Juli in Berlin bei der Sitzung des Ausschusses zur Wahrung verwertet werden können.

Vielleicht sind Sie so freundlich, persönlich an dieser Sitzung teilzunehmen.

Damit, m. H., ist unser Programm erschöpft. Wir haben in außerordentlich gründlicher Weise unsere Tagesordnung erledigt. Wir haben, das kann ich wohl behaupten, auch heute Nachmittag erfolgreich gearbeitet; wir haben wichtige Beschlüsse gefaßt. Wenn auch die Meinungen gespalten waren und die Waffen hier gekreuzt worden sind, so geschah es doch immer in einer friedlichen Weise, und es geschah so, daß einer die Meinung des anderen achtete und ehrte. Das verdanken wir Ihnen, die Sie heute hier erschienen sind und solange ausgehalten haben. Im Namen des Vereins sage ich Ihnen dafür den herzlichen Dank. Es dürfte sich empfehlen, die Gelegenheit des 25-jährigen Jubiläums zu benutzen, um einen Vereinsorden zu stiften, der denen verliehen wird, die immer bis zum Schluß der geschäftlichen Sitzung aushalten. (Heiterkeit und Bravo!)

Damit schließe ich die heutige Sitzung.“

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil.

Jahresberichte der Industrie und des Handels.

Tunis. Das Kaiserl. Konsulat in Tunis gibt eine Zusammenstellung bekannt über diejenigen Waren, auf die sich die deutsche Einfuhr in die Regentschaft Tunis erstreckt, und deren Einfuhr aus Deutschland steigerungsfähig erscheint. Gleichzeitig ist der Wert der konkurrierenden Einfuhr aus anderen Ländern angegeben. Der deutsche Ausfuhrhandel hat mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, immerhin ist in den letzten Jahren eher ein Fortschritt als ein Rückschritt zu verzeichnen. Nachstehend geben die wir Werte (in Frs.) einiger der hier in Betracht kommenden deutschen Einfuhrwaren für das Jahr 1910 (1909): Konz. Milch 2211 (3185), Bier in Fässern 4607 (2029), Bier in Flaschen 7541 (3135), Kohlenbriketts 33 375 (26 002), Paraffin 9296 (2692), Aminfarben 96 719 (156 895), Schreibstifte 4367 (3050), Kohlenstifte für elektrische Beleuchtung 4401 (1176), Seifen, parfümiert, nicht durchsichtig, alkoholfrei 2446 (3310), alkoholhaltige Parfümerien ohne Seife 12 287 (4214), alkoholfreie Parfümerien 3246 (2248), Kerzen 8973 (7049), Wichse 3931 (2140), Steingut mit Zinnglasur 3486 (2405), Steingut, feines 4519 (1004), Porzellan, weißes 7030 (4837), Porzellan bemalt 10 401 (1280), Hohl- und Krystallglas, glatt und gegossen, 6594 (4226), Lampengläser, Glocken 46 092 (39 087), Packpapier 14 616 (4767), Schreibpapier 12 671 (5686), Druckpapier 5174 (2665), Metallarbeiten in Zink 8829 (2737), dgl. vernickelt 53 000 (17 529). Der deutsche Außenhandel leidet an der schlechten und langsamen Verbindung mit Deutschland; bis zu 4 Monaten ist zu rechnen, daß eine Bestellung aus Deutschland ausgeführt werden kann —l. [K. 569.]

Algerien. Nach dem Berichte des Generalgouverneurs über den Bergbau und die Mineralien ausbeute in Algerien und anderen ergänzenden Veröffentlichungen wurden in Algerien

i. J. 1909 (1908) gewonnen 973 139 (921 296) t Eisenerze, 84 006 (90 496) t Zink- und Bleierze, 5256 (6115) t Kupfererze, — (804 t) Quecksilber, 170 (189) t Antimon, ferner 190 115 (121 020) t Petroleum. Die Minenabgaben stiegen von 187 155 i. J. 1909 auf 250 939 Frs i. J. 1910 fast ausschließlich infolge des Mehreinkommens aus den nach dem Reingewinn bemessenen Abgaben. Die Zahl der Minenkonzessionen belief sich Anfang 1911 (1910) auf 96 (94), und zwar im Departement Oran 8 (7) betriebene und 2 (3) nicht betriebene, im Departement Algier 7 (6) betriebene und 16 (17) nicht betriebene und im Departement Constantine 37 (37) betriebene und 26 (24) nicht betriebene. — Im Laufe des Jahres 1910 sind mehrere Erlaubnisscheine für Bohrungen auf Petroleum im Departement Oran erteilt worden; die Arbeiten haben aber noch nicht begonnen. — Was die Phosphatlagerei anbetrifft, so waren im Departement Constantine am 1./1. 1910 167 Erlaubnisscheine in Kraft; im Laufe des Jahres 1910 sind 109 erneuert worden, und 29 sind hinzugekommen. Die zurzeit abgebauten Phosphatlagerstätten beschränken sich auf 4 bzw. 5. Die Gesamtförderung von Phosphat i. J. 1909 wird in dem Berichte des Generalgouverneurs auf 345 385 (1908: 452 000) t angegeben. Die Ausfuhr betrug 300 000 (340 000) t; i. J. 1910 belief sie sich auf 297 000 t, ein Zeichen dafür, daß die Förderung auch i. J. 1910 keine Fortschritte gemacht hat. (Nach einem Berichte des Kaiserl. Konsulates in Algier.)

—l. [K. 573.]

Spanien. Über Olivenernte und Ölzeugung Spaniens i. J. 1910 berichtet das Kaiserl. Generalkonsulat in Barcelona u. a. folgendes: Der Gesamtvertrag an Oliven belief sich 1910 (1909) auf 6 246 189 (13 982 939) dz. Zur Ölbereitung wurden 6 051 005 dz bestimmt; daraus wurden 1 085 088 (2 397 720) dz Öl gewonnen. Im Durchschnitt ergaben 100 kg Oliven 17,93 (17, 98) kg Öl. Die mit Ölbäumen bepflanzte Landfläche wird auf 1416 122 (1394 858) ha angegeben. —l. [K. 531.]